

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 45.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 8. November 1913.

Redakteur: A. Gutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Jedem Menschen für sein Leben
Ist ein Maß von Kraft gegeben,
Das er nicht erweitern kann;
Aber nach den rechten Zielen
Seine Kräfte lassen spielen,
Soll und kann ein rechter Mann.

Müder.

Die Mitgliederfluktuation.

(Namentlich unseren Ortsgruppenleitungen zur Beachtung empfohlen.)

Soll die gewerkschaftliche Organisation den ihr gegebenen Zweck erfüllen, dann ist eine der Voraussetzungen, daß ihr ein möglichst großer Teil der Berufsangehörigen beiträgt. Darum das emsige Bemühen der Organisationsleitung und der in der Kleinarbeit tätigen Kolleginnen und Kollegen, die Organisation auch zahlenmäßig zu stärken. Sie wissen, von der Zahl der organisierten Arbeiter hängt mit die Möglichkeit und das Tempo unseres wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs ab.

Leider werden nun diese Bemühungen oft durchkreuzt durch die Unbeständigkeit vieler Mitglieder. Diese Unbeständigkeit verleiht der Organisation einen gewissen Laubenschlag-Charakter. Die Arbeiter treten ein und aus. Tausende werden gewonnen; Tausende gehen aber dem Verband auch wieder verloren. Das ist sehr bedauerlich und zwar in zweifacher Hinsicht. Zunächst wird durch die Fluktuation der Mitglieder ein Teil der geleisteten, mühevollen Agitationsarbeit wieder illusorisch gemacht und die gewerkschaftliche Organisation in ihrer Entwicklung gehemmt. Einmal ausgetretene Mitglieder sind meist schwer wieder zu gewinnen. Ihr Austritt und oft mehr noch ihr ferneres Verhalten der Organisation gegenüber wirken auch nachteilig auf die Unorganisierten ein. Diese werden in ihrer Gleichgültigkeit oder in der unbegründeten Abneigung gegen die Organisation bestärkt. Damit aber wird der Gewerkschaft die Durchführung der gestellten Aufgaben wesentlich erschwert und die Aufwärtsentwicklung der Arbeiterschaft gehemmt. Kein Wunder also, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen dem Uebel der Mitgliederfluktuation nach Kräften zu steuern suchen.

Auch in unserm Verbands ist die Fluktuation der Mitglieder ziemlich groß. Man nehme nur den Geschäftsbericht zur Oberfelder Generalversammlung zur Hand. Da finden wir, daß den insgesamt 108 768 Aufnahmen, die wir von 1901 bis 30. Juni 1912 zu verzeichnen hatten, 82 178 Austritte gegenüber stehen. Diese Zahlen sprechen Bände. Viel Arbeit, zum Teil vergehens geleistete Arbeit, steckt in ihnen. Wie ganz anders ständen wir da, wenn wir es vermocht hätten, das Gros dieser gewesenen Mitglieder zu halten. Die Mitgliederfluktuation, resp. deren Verhütung, ist also auch für unseren Verband ein wichtiges, und zwar noch ungelöstes Problem, das zeigt uns die Mitgliederentwicklung der letzten anderthalb Jahre wiederum recht deutlich. Ein Problem, das aber gelöst werden muß, wenn unsere Arbeit fruchtbar gemacht werden soll. Es kann darum unsern Ortsgruppenvorständen nicht dringend genug ans Herz gelegt werden, gerade der Erhaltung der einmal gewonnenen Mitglieder die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Wenn man aber die Mitgliederfluktuation verhüten will, muß man sich vor allem über

die Austrittsgründe

klar sein. Sie sind sehr verschieden. Es gibt zunächst einmal solche, die berechtigt sind und gegen die wir nichts auszurichten vermögen, z. B. Berufs-

wechsel, Heirat, Aufgabe der Beschäftigung, Alter, Invalidität. Die aus diesen Gründen erfolgten Austritte wären wohl zu verschmerzen. Sie bilden nur einen verhältnismäßig kleinen Bruchteil der Gesamtziffer. Weit größer ist die Zahl der Mitglieder, die ohne berechtigten Grund der Organisation den Rücken kehren. Die einen tun es in Krisenzeiten, angeblich aus Not, verursacht durch Betriebsbeschränkungen oder weil der Verband jetzt doch keinen Zweck habe. Keiner der beiden Verwände ist stichhaltig. Aus Not braucht kein Mitglied auszutreten, es kann Stundung oder zeitweisen Erlaß der Beiträge beantragen. Tatsächlich hat die Organisation auch in Krisenzeiten Zweck, sie wirkt nützlich durch die Arbeitslosenunterstützung und wehrt manche Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse ab. Dagegen erschweren die in Zeiten schlechter Konjunktur Austretenden die Ausnutzung des kommenden guten Geschäftsganges.

Anderere ergreifen die Fahnenflucht, weil sie bei Lohnbewegungen nicht auf ihre Rechnung gekommen oder weil ihrer Ansicht nach die Unterstützungen zu knapp bemessen sind. Das sind die Egoisten, die nur an ihr persönliches „Ich“ denken und den Verband als Mittel zum Zweck betrachten. Auch Beitragserhöhungen geben einen gern benutzten Vorwand zum Austritt ab. Das meist bei der Gelegenheit eingewendete „ich kann nicht mehr leisten“ findet seine beste Widerlegung durch jene, die unter schlechteren Verhältnissen den erhöhten Beitrag willig und gern bezahlen. Es kommt eben auf die Auffassung an, die man von der Organisation hat.

Wieder andere spielen die gekränkte Leberwurst; sie sagen aus persönlicher Verärgerung, weil sie die Person nicht von der Sache zu unterscheiden vermögen, dem Verbands Balet. Oder man schließt bei gewerkschaftlichen Aktionen vermeintlich oder auch wirklich begangene Fehler vor, um den Austritt zu motivieren. Als ob durch den Austritt begangene Fehler gut gemacht würden! Der beste Weg hierzu ist doch immer noch die offene Aussprache in der Organisation.

Zu all dem kommen endlich noch jene Austrittsgründe alltäglicher Natur, die sich nicht auf ein bestimmtes Vorkommnis stützen. Da ist zunächst die Unkenntnis der statutarischen Bestimmungen, die manches Unheil anrichtet. Dann kommen die obligaten Begründungen: „es nützt doch nichts“, „Beitrags-scheu“, „Interessenlosigkeit“ u. dergl. Damit wäre die Liste so ziemlich erschöpft.

Sind wir nun nach der Anführung der Austrittsgründe auch über

die wirklichen Ursachen der Fluktuation

orientiert? Mit nichten. Die liegen tiefer. Einige der wirklichen Ursachen seien angeführt. Zunächst fehlt bei vielen Mitgliedern der innere Kontakt mit der Bewegung. Wir haben sie wohl aufgenommen, uns aber nicht genug darum bekümmert, ob wir sie nun wirklich auch innerlich erfasst haben, ob sie die Verbindung und die persönliche Fühlung mit der Organisation gewonnen. Manche finden den inneren Anschluß an die Organisation, den Weg zu unsern Versammlungen, Sitzungen u. dergl. allein, ohne der Vermittlung persönlicher Freunde zu bedürfen. Andere aber nicht. Sie bedürfen der persönlichen Einführung durch irgend einen Freund oder Kollegen. Sonst bleiben sie fern, weil sie sich bei uns fremd und einsam fühlen. Das gibt dann jene bloß zahlenden Mitglieder, die keinen lebendigen Anteil an unserm Verbandsleben nehmen und dem Verbands bei der nächsten Gelegenheit wieder den Rücken kehren. Statt auf sie zu schimpfen, sollen wir mal eine ernste Gewissensforschung darüber anstellen, ob denn unsererseits auch

alles geschehen ist, um diesen Mitgliedern näher zu kommen und ihnen das Einleben in der Organisation zu erleichtern.

Eine der wichtigsten Ursachen der Mitgliederfluktuation ist dann auch der Mangel an gewerkschaftlicher Schulung und Durchbildung. Das zeigt schon ein Blick auf die Mitgliederzahl der austretenden Mitglieder. Vom 1. April 1910 bis 31. März 1912 hatten wir laut Geschäftsbericht 3576 Austritte zu verzeichnen. Von den Ausgetretenen waren Mitglied:

noch kein Jahr	1112 Mitgl.	7-8 Jahre	54 Mitgl.
1-2 Jahre	523	8-9	49
2-3	479	9-10	43
3-4	478	10-11	53
4-5	443	11-12	24
5-6	183	12-13	19
6-7	112	13-14	9

Der Prozentsatz ist bei den jungorganisierten Mitgliedern am größten, weil gerade hier die gewerkschaftliche Schulung am geringsten ist. Der Mangel an Schulung spielt eine weit größere Rolle wie die Höhe der Beiträge. Wir haben von insgesamt 5795 Ausgetretenen die Beitragsklasse ermittelt und sind zu folgendem Ergebnis gekommen:

Beitragsklasse	Durchschnittl. Mitgliederzahl in 1 1/2 Jahren	Ausgetretene	Prozentsatz
70 Pf.	208	20	10 %
60	270	28	10,4 %
50	3 984	416	10,4 %
40	18 565	2 285	12,3 %
30	11 091	1 924	17,3 %
20	2 992	509	17 %
10	1 131	165	14,6 %

Es ergibt sich also die Tatsache, daß gerade in den niedrigsten Beitragsklassen die Fluktuation am größten ist. In den Beitragsklassen sind eben die zuletzt beigetretenen, unerfahrenen und ungeschulten Mitglieder in erster Linie zu finden. Ihnen mangelt es noch an Standes- und Klassenbewußtsein, an dem nötigen Verständnis für die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der Organisation und am praktischen Blick für das Mögliche und Erreichbare. Ihre Mitgliedschaft stützt sich sehr oft mehr auf die Freundschaft und das Vertrauen zu bestimmten Personen, wie auf eine eigene, festgewurzelte, gewerkschaftliche Ueberzeugung. In all dem finden wir die Erklärung für den leichten Herzens vollzogenen Austritt so mancher Kolleginnen und Kollegen.

Wie aber stehts mit den alten Mitgliedern, die der Organisation den Rücken kehren? Sie haben die Fühlung mit dem Verband und kennen dessen Bedeutung, und doch die Fahnenflucht. Bei ihnen ist oft eine gewisse Organisationsmüdigkeit, die sie zum Austritt veranlaßt. Ueber dieses Kapitel wird in einer späteren Abhandlung noch manches zu sagen sein. Oder aber diese älteren Mitglieder sind über die neueren Strömungen sozialer und wirtschaftlicher Natur, über die Entwicklung und Verschiebung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse gar nicht oder nicht genügend informiert. Sie sind sich der Bedeutung der Erstarkung und des Eingreifens der Arbeitgeberverbände nicht bewußt und haben auch die Wandlungen in der Taktik der sozialdemokratischen Gegner nicht verfolgt. Infolgedessen vermögen sie auch manche der notwendig gewordenen organisatorischen und taktischen Maßnahmen nicht zu verstehen. Ihrer Ansicht nach müßte die Organisation immer nach den alten, vor 10 Jahren üblich gewesenen Methoden geleitet und auch die Bewegungen dementsprechend geführt werden. Und weil dies nicht geht, kehren sie verärgert der Organisation den Rücken.

Das sind einige der tieferen Ursachen, die die Mitgliederfluktuation verschulden. Ihnen gilt es energisch zuleibe zu rücken. Wie das zu geschehen hat, darüber nächstes Mal.

Der Klub der Harmlosen.

Ein Teil der bürgerlichen Tagespresse hat es der christlich-nationalen Arbeiterchaft verübelt, daß sie gegen das in Leipzig begründete „Kartell der schaffenden Arbeit“ so entschiedene Stellung genommen hat. Es sei durchaus nicht wahr, daß die neue Gemeinschaftsarbeit für Industrie, Landwirtschaft und Mittelstand „eine Ueberspannung des Schutzollsystems ohne Berücksichtigung der Lebensmittelversorgungsmöglichkeiten für die Konsumenten“ wolle. Es sei gar nicht wahr, daß der dem Kartell angehörende Bund der Landwirte den „lückenlosen Zolltarif“ erstrebe; der Ausdruck sei nur ein Schlagwort im Munde linksradikaler Politiker und Agitatoren. Vollenbs falsch sei es auch, daß der Hauptnachdruck der Gemeinschaftsarbeit des Leipziger Kartells auf die Rückwärtsentwicklung der Sozialpolitik, auf die Einschränkung des Koalitionsrechtes gerichtet sei. Das Kartell richte sich in der Hauptsache „gegen die Linksentwicklung, gegen die Demokratisierung des politischen Lebens und gegen den politischen Radikalismus“, im Interesse „einer staatserkhaltenden Politik für die selbständig erwerbstätigen Stände in Industrie, Landwirtschaft und Mittelstand“. Es wolle endlich nur die Weiterführung unserer Wirtschaftspolitik im Sinne des Schutzes der nationalen Arbeit. Die Beschränkungen der christlichen Gewerkschaften seien also absolut grundlos. Der in Münster erscheinende „Westfälische Merkur“ (Nr. 497) meint, es sollten „sich die verständigen Arbeiter klar machen: die Sozialpolitik ist nicht bedroht und die Wirtschaftspolitik dient auch den Arbeitnehmern“. Und nach einem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 1099 vom 30. Sept.) ist eine Konferenz des Handwerker- und Detailistenverbandes in Essen zu der Ueberzeugung gekommen, „daß die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften voreilig sei und sich auf eine irrtümliche Auslegung des Programms des „Kartells der schaffenden Arbeit“ stütze. Die christlichen Gewerkschaften hätten besser getan, abzuwarten, ob in der Tat die wirtschaftliche Gemeinschaftsarbeit ihnen wirklich Anlaß zu Beschränkungen gebe“. In mehreren anderen Blättern verschiedener Parteirichtungen wird eine ähnliche Stimmung laut.

Die Arbeiterchaft darf Augen und Ohren offen halten und sich durch diese Schönfärbereien, die zu der Wirklichkeit absolut nicht passen, nicht über den wahren Charakter des Kartells hinwegtäuschen lassen. Wäre es den dem Kartell angeschlossenen Organisationen nur um die Weiterführung einer staatserkhaltenden Politik gegen den politischen Radikalismus und um die Aufrechterhaltung unserer heutigen Wirtschaftspolitik zu tun, dann würden sie zur Bildung des Kartells wohl nicht geschritten sein. Beide Beweggründe, der politische und der wirtschaftspolitische, reichen zur Begründung jener in Leipzig postulierten Gemeinschaftsarbeit nicht aus. Für die Erhaltung unserer Wirtschaftspolitik ist im Deutschen Reich eine Mehrheit vorhanden — allerdings nicht eine Ueberspannung des Schutzollsystems, ohne Berücksichtigung der Lebensmittelversorgungsmöglichkeiten für die Konsumenten. Das letztere wollen angeblich die landwirtschaftlichen Kreise selbst nicht. Also dieser Grund reicht für die Begründung des Leipziger Kartells nicht aus. Die politischen Beweggründe sind erst recht nicht ausreichend. Das politische Leben gestaltet sich nach Parteiprogramm und Parteigrundsätzen. Und in die alten, eingemurzelten, historisch gewordenen Parteigegebenheiten wird man durch eine Zusammenfassung solcher Kräfte, wie sie in Leipzig getagt haben, keine Bresche legen können, zumal alle praktischen Forderungen auf positive Förderung von Industrie, Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft in den bürgerlichen Parteien selbst programmatisch sowohl ihre Vertretung finden, wie auch praktisch Jahr aus Jahr ein zur Geltung gebracht werden. Es ist deshalb erklärlich und durch die Verhältnisse selbst gegeben, wenn die Arbeiterchaft in dem Kartell eine Organisation der sozialen Rückwärtsseherei erblickt. Wo der Zentralverband deutscher Industrieller seine Hand im Spiele hat, da kann es sich unmöglich um etwas für die Sozialpolitik und die Arbeiterbewegung gutes handeln. Und die konservativen Kreise schwingen sich deshalb willig zur Befürwortung der antisozialen und arbeitserfindlichen Forderungen einzelner Mittelstandsguppen und des Zentralverbandes der Industriellen auf, weil sie hoffen, diese Gruppen dadurch für die hochgespannten agrarischen Wünsche zu gewinnen. Es handelt sich also um ein ganz gewöhnliches politisches Geschäft auf Kosten der Arbeiterbewegung und der Sozialpolitik.

Namentlich die Kreise des Mittelstandes sollten klugerweise lieber nicht von einer „irrigen Auslegung des Programms des Kartells der schaffenden Arbeit“ reden. Es mögen einige Erinnerungen aufgefischt werden, die dazum, wie schlecht diesen Kreisen die sozial- und arbeitserfindliche Maske sitzt. Auf der 13. Tagung des deutschen Handwerker- und Gewerbelammertages, die vom 12. bis 14. August 1912 in Düsseldorf stattfand, zog der Generalsekretär Dr. Meusch in seinem Jahresbericht unter lebhafter Zustimmung seiner Zuhörer in einer Weise gegen die Sozialpolitik los, daß es dem Generalsekretär des schlimmsten Scharfmacherverbandes

alle Ehre gemacht hätte. Es stehe außer allem Zweifel, meinte Herr Meusch, „die Sozialpolitik des Reichs mit ihren heutigen Tendenzen bedeutet eine Belastung des selbständigen Unternehmers (Sehr richtig!), der der nicht kapitalträchtige Kleinhandwerker schlechthin nicht gewachsen ist. (Sehr richtig!) Ich denke hier nicht nur an die direkten finanziellen Lasten der Arbeiterversicherungs-gesetze, ich denke auch an die immer mehr fortschreitende Einengung der Bewegungsfreiheit des gewerblichen Unternehmers in seinem Betriebe durch Arbeiterchutzmaßnahmen (Sehr richtig!), wie sie bisher fast jährlich zu Gewerbeordnungs-novellen und Spezialgesetzen geführt hat. Diese Art einer sozialen Gesetzgebung, wobei zu Gunsten eines Standes andere für den Bestand des Staates dringend notwendige Schichten allmählich ruiniert werden, muß endlich aufhören.“ (Sehr richtig!)

Dann jammerte er über den gewerkschaftlichen Boykott, über die von den Gewerkschaften provozierten Machtkämpfe und über andere „gefährliche“ Dinge.

Der konservative Reichstagsabgeordnete Maltewig, der solche Gedankengänge in den Parlamenten vertritt, nahm zu diesen Ausführungen des Generalsekretärs mit folgenden Worten Stellung:

„Der Punkt, der mir in dieser Beziehung am meisten am Herzen liegt, der Punkt, auf den auch Herr Generalsekretär in seinen Ausführungen ganz besonders Gewicht gelegt hat, ist die Frage eines besseren Schutzes der Arbeitswilligen im Handwerk und in der Industrie. (Bravo!) Wenn es, meine Herren, jemals eine Interessengemeinschaft zwischen diesen beiden großen Berufsständen in unserem deutschen Vaterlande gegeben hat, so gibt es sie auf diesem Gebiete, auf dem z. B. wichtigsten Gebiete des wirtschaftlichen und auch des politischen Kampfes.“ (Zuruf: Sehr richtig!)

Die Stellungnahme des Handwerker- und Gewerbe-lammertages kam in einer Entschließung zum Ausdruck, die im „Interesse des Handwerks“ an die Reichsregierung folgende Forderungen richtet:

1. Berufsvereine für ungerechtfertigte wirtschaftliche Schädigungen materiell haftbar zu machen;
2. das Streikpostenwesen zu verbieten;
3. alle öffentlichen Maßnahmen zu verbieten, die anknüpfend an das gewerbliche Arbeitsverhältnis dazu dienen, Ansehen oder wirtschaftliches Fortkommen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern willkürlich zu beeinträchtigen. Zu diesen Maßnahmen gehören besonders Bekanntmachungen durch Flugblätter, Anschläge, öffentliche Versammlungen oder durch die Tagespresse;
4. den Handwerkerinnungen zu gestatten, Arbeitsvereinbarungen nur durch Vermittlung der Gesellen-ausschüsse abzuschließen;
5. den gewerblichen Korporationen Klage- oder Anzeigerecht bei Uebertretungen des Gesetzes zu geben.

Außerdem stellt der Deutsche Handwerks- und Gewerbe-lammertag den gesetzgebenden Korporationen dringend anheim, das Gesetz im Interesse des gesamten Mittelstandes auch auf die Boykottfälle auszudehnen, die mit politischen oder kommunalen Wahlen zusammenhängen.

Dieses Programm des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-lammertages hat dann die vollste Billigung und Zustimmung durch den Reichsdeutschen Mittelstandstag gefunden auf eben der Tagung, wo das betreffende Kartell gebildet wurde. Das genügt wohl, um das „Kartell der schaffenden Arbeit“ in seiner wahren Natur zu zeigen. Die Arbeiterchaft wird Augen und Ohren offen halten und die sozialfeindlichen Bestrebungen überall dort bekämpfen, wo sie in die Erscheinung treten.

Der Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Schon seit Jahren haben sich die Krankenkassen gegen die überspannten Forderungen der Ärzteorganisation zu wehren. War der Streit bislang auf eine Reihe von örtlich begrenzten Konflikten begrenzt geblieben, so ist er nunmehr auf der ganzen Linie entbrannt. Die seit Monaten geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Krankenkassen und der Ärzte sind ergebnislos geblieben, insbesondere von dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern wie auch von den Regierungen verschiedener Bundesstaaten unternommenen Einigungsversuche keinen Erfolg gehabt. Die Ärzte verlangen allenthalben die Durchführung der freien Ärztwahl. Dann versuchen sie ferner das Vertragsverhältnis zwischen Ärzten und Kassen so zu gestalten, daß die Kassen zu einem Monopol der organisierten Ärzte werden und die nichtorganisierten Ärzte überhaupt nicht mehr zur Kassenpraxis zugelassen werden können. Sowohl gegen die generelle freie Ärztwahl wie auch gegen die Monopolbestrebungen der Ärzteorganisation wehren sich die Krankenkassen mit aller Entschiedenheit. Nun ist die Lage dadurch außerordentlich verschärft worden, daß der am 27. Okt. er. stattgefundene Deutsche Ärzttag eine förmliche Kampfanfrage an die Krankenkassen erlassen hat. Auf der Tagung, die von dem bekannten Leipziger Ärzteverband vollständig beherrscht wurde, fand eine Entschließung Annahme, deren entscheidende Stelle lautet:

„Der am 26. Oktober im „Rheingold“ zu Berlin versammelte außerordentliche deutsche Ärzttag, auf dem 384 Ärztevereine von 458 Abgeordneten mit 21207 Stimmen vertreten sind, macht es jedem einzelnen Ärzte und jeder örtlichen Ärztervertretung zur hl. Pflicht, von jetzt ab mit keiner Krankenkasse einen Vertrag abzuschließen, und die

Kassenärztliche Versorgung aller früheren wie auch der neu hinzutretenden Versicherten unbedingt abzulehnen. Nur die ärztliche Vertrags-tätigkeit muß aufhören, das gesundheitliche Interesse der Versicherten wird in keiner Weise beeinträchtigt. Die Kranken werden die Hilfe ihres Arztes nach wie vor finden, uneingeschränkt, nur ohne die Einmischung einer Kassenverwaltung. Den Krankenkassen kann unter der Voraussetzung der Unerfüllbarkeit der ärztlichen Forderungen von ihren Aufsichtsbehörden das Recht verliehen werden, den Versicherten an Stelle der freien ärztlichen Behandlung eine Verentschädigung zu gewähren. Dieses Recht sollen sie solange ausüben, bis den ärztlichen Organisationen die sichere Gewähr gegeben ist, daß die Kassenärzte ihrem Beruf wieder unabhängig, frei von sachlicher Beeinflussung und unter angemessenen Bedingungen nachgeben können.“

Bald darauf sind die Vertreter verschiedener Krankenkassenorganisationen in Berlin zusammengekommen, um zu der Entschließung des Ärzttages Stellung zu nehmen. Die Krankenkassenverbände erlassen nun folgende Erklärung:

„1. Auf dem gestrigen Ärzttage haben die Ärzteorganisationen beschlossen, keine Verträge mehr mit den Krankenkassen einzugehen. Sie wollen die erkrankten Versicherten nur noch als Privatpatienten behandeln und es empfahl der Vorsitzende des Leipziger Ärzteverbandes nur, dies gegen Vorausbezahlung zu tun. Dieses Vorgehen bedeutet den allgemeinen Kampf gegen die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und den Generalfreistelligen gegenüber. Es wird jetzt das ausgeführt, was bereits am 18. Februar 1912 die Ärzteorganisationen offiziell beschlossen haben: zur erfolgreichen Durchführung der Beschlüsse des Stuttgarter Ärzttages sind die bisherigen Einzelkämpfe zu vermeiden. Es ist vielmehr ein gleichzeitiges, geschlossenes gleichmäßiges und einheitliches Vorgehen aller kassenärztlichen Vokalorganisationen unerlässlich.“

2. Es entspricht nicht der Wahrheit, daß den Ärzten der Kampf von den Krankenkassen aufgedrungen worden ist. Die Krankenkassen haben keine Forderungen an die Ärzte gestellt, wohl aber die Ärzteorganisationen sehr viele und ganz unangemessene an die Krankenkassen. Die Kassen befinden sich lediglich in der Abwehr. Einigungsverhandlungen sind gescheitert, weil die Ärzteorganisationen allgemein die Durchführung der freien Ärztwahl bei den Kassen durchsetzen und das Kassensystem nur noch ausnahmsweise und für eine kurze Uebergangszeit bestehen lassen wollen. Der Arzt selbst sollte nach den Vorschlägen der Ärzte nur durch die Organisationen zur Kassenpraxis zugelassen werden. Die Abkufung der Honorare sollte nach der Höhe der Einnahmen der Versicherten erfolgen, alle Arztverträge sollten zum gleichen Zeitpunkte ablaufen. Diese Forderungen der Ärzteorganisationen wurden als Mindestforderungen bezeichnet. Bei dieser Regelung würde den nach dem Gesetz verantwortlichen Kassenvorständen der Einfluß auf die Kassenverwaltung genommen werden. Die Kassen würden schließlich nur noch Beiträge aufzubringen haben, um die durch die Ärzte verfügbaren Ausgaben zu decken. Für eine Gestaltung der Verhältnisse, die die Kassen den Ärzteorganisationen so ausliefern, kann kein Kassenvertreter die Verantwortung übernehmen.“

3. Wenn behauptet wird, daß die Krankenkassen mit den Ärzteorganisationen nicht verhandeln, diese vielmehr zertrümmern wollten, und den sogenannten Herrenhandpunkt einnehmen, so entspricht das dem Gegenteil der Wahrheit. Die Kassen haben bei den Einigungsverhandlungen Vorschläge gemacht, die unzweideutig ergeben, daß sie im Interesse des Friedens in weitestgehender Weise Beschränkungen in ihren gesetzlich gewährtesten Rechten zugunsten der Ärzteorganisationen vornehmen wollten. Bezeichnend ist, daß diese Vorschläge der Kassen nicht nur glattweg abgelehnt, sondern fast totgeschwiegen werden.“

4. Die Vertreter der Krankenkassen sind in Anerkennung der hohen Bedeutung des Arztberufs den Ärzten soweit entgegengekommen, als es die aufgesetzte Verantwortung und die Wahrung der ihnen anvertrauten hochwichtigen Interessen der öffentlich rechtlichen Krankenversicherung zuließen. Die Krankenkassen sprechen deshalb die Erwartung aus, daß die Behörden und der Gesetzgeber durch die Ärzteorganisationen sich nicht einschüchtern lassen und unangemessene Forderungen der Ärzteorganisationen ablehnen werden. Es handelt sich um die Entscheidung, ob die Interessen eines einzelnen Berufsstandes über das Wohl von Millionen von Versicherten gestellt werden sollen.“

Die Erklärung geht von folgenden Verbänden aus: Hauptverband Deutscher Ortskrankenkassen (Dresden), Hauptverband Deutscher Betriebs-Krankenkassen (Essen), Gesamtverband Deutscher Krankenkassen (Essen-Köln), Allgemeiner Deutscher Knappschaftsverband (Berlin), Verband Deutscher Innungs-Krankenkassen (Hannover).

Man kann auf die weitere Entwicklung der Verhältnisse gespannt sein, da es sich hier doch um ungeheuer wichtige Interessen der deutschen Arbeiterchaft handelt. Wir hoffen und erwarten, daß die Ärzte demnach ein Einsehen haben und von ihren hochgespannten Forderungen, die die Leistungsfähigkeit und Bewegungsfreiheit der Kassen außerordentlich beeinträchtigen müßten, abgehen werden.

Wie nachträglich in der Tagespresse berichtet wird, ist es in Hamburg und Berlin zu einer Verständigung zwischen Ärzten und Krankenkassen gekommen. Und zwar auf Grund eines beiderseitigen Entgegenkommens. Wie berichtet wird, ist auch noch in einigen anderen Großstädten eine Verständigung mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Hoffentlich kann das bald aus dem ganzen Reich gemeldet werden.

Wir können uns bei einer Betrachtung des ganzen Verlaufes der Dinge nicht des Eindrucks erwehren, daß die Regierung gegenüber den Ärzteorganisationen hätte entschiedener auftreten können.

Der preussische Wohnungsgesetz-entwurf.

(Siehe den Artikel in Nr. 48 der Textilarbeiter-Zeitung.)

Schon vor seinem Erscheinen wurde der preussische Wohnungsgesetzentwurf heiß umstritten und von gewisser Seite mit aller Entschiedenheit bekämpft. Es gibt einflussreiche Kreise in unserem Vaterlande, die eine gesetzliche Mitwirkung des Staates auf dem Gebiete positiver Wohnungspflege nicht gerne sehen. Sie haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine gesetzgeberische Aktion des Reichstags zu verhindern und haben auch erreicht, daß die Wohnungsfrage der Reichsgesetzgebung entzogen und daß der preussische Wohnungsgesetzentwurf nichts Ganzes und nichts Halbes wurde. Gehen wir den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs nach.

Bei Ziffer 1. wird eine Aenderung des Strafrechtsgesetzes vom 2. Januar 1875 vorgeschrieben. Es soll dort gesagt werden: Die Ortspolizeibehörde kann die Festsetzung von Fluchtlinien verlangen, wenn das Wohnungsbedürfnis dieses erfordert. Eine weitere hinweisende Vorschrift verlangt, daß freie Plätze, auch Gartenanlagen im Bauungsplan vorgesehen werden, und daß für Wohnzwecke Baublocke von angemessener Tiefe, und sog. Wohnstraßen mit geringerer Breite als die Verkehrsstraßen angelegt werden. In dem bestehenden Gesetz von 1875 ist in § 3 allgemein bereits gesagt: Bei Festsetzung der Fluchtlinien ist auf Förderung des Verkehrs, der Feuericherheit und der öffentlichen Gesundheit Bedacht zu nehmen. Der Artikel 10 des heftigen Gesetzes hat einen ähnlichen Wortlaut; in der allgemeinen Bauordnung für das Königreich Bayern ist diesbezüglich in § 5 etwas bestimmter verlangt, daß alle Bauplätze, welche zur Ausführung von Wohngebäuden dienen, den Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege entsprechen müssen.

Die bereits erwähnte fortschrittliche Bestimmung über die Enteignung lautet in ihrem Hauptsatz:

„Mit dem Zeitpunkt, an dem eine Straße für den öffentlichen Verkehr und den Anbau fertig hergestellt ist, erhält die Gemeinde das Recht, ein an die Fluchtlinie der Straße angrenzendes Grundstück, soweit es nach den baupolizeilichen Vorschriften des Ortes nicht zur Bebauung geeignet ist, dem Eigentümer gegen Entschädigung zu enteignen.“

Die Enteignung von Baugrund ist also nicht allgemein zulässig, sondern nur die von Restgrundstücken, die zu klein sind, um ein vorschrittmäßiges Haus darauf aufzuführen zu können. Die Besitzer haben für solche Restgrundstücke vielfach recht hohe Preise gefordert, und andere am Bauen gehindert. Den Gemeinden soll nun das Recht verliehen werden, dem Eigentümer solche Grundstücke zu enteignen und erforderlichenfalls dem angrenzenden Eigentümer zu überweisen. Die Kosten für den Grunderwerb und andere Aufwendungen sind dem ursprünglichen Besitzer zu erstatten.

Einem ähnlichen Zwecke wie die vorstehende Bestimmung dient die Vorschrift über die Umlegung von Grundstücken. In Frankfurt a. M. ist diese Umlegung oder Zusammenlegung von Grundstücken verschiedener Besitzer zwecks besserer Ausnutzung des Gebietes und zur Erschließung von Baugelände seit 1908 möglich. Das diesbezügliche Gesetz vom 28. Juli soll nun auf die ganze Monarchie ausgedehnt werden. Die Umlegung kann erfolgen auf Antrag des Magistrats zufolge Gemeindebeschlusses oder auf Antrag der Eigentümer. Ueber die beabsichtigte Zusammenlegung ist ein Plan zu Jedermanns Einsicht aufzulegen. Die Eigentümer haben Anspruch auf volle Entschädigung. Die durch die Zusammenlegung evtl. entstehende Wertverhöhung bleibt jedoch außer Betracht. Die früher geäußerten Befürchtungen über Beschränkung des Eigentumsrechts der Grundbesitzer, haben sich, wie in der Begründung zum Entwurf ausdrücklich hervorgehoben wird, nicht bestätigt.

Unter Ziffer 2 des Gesetzentwurfes wird den Gemeinden bzw. den Ortspolizeibehörden die Einführung von Bauordnungen — empfohlen. Durch diese kann geregelt werden die Abstützung der baulichen Ausnützung der Grundstücke (Staffelbauordnung). Zu diesem Punkte wird in der Begründung gesagt:

Als besonders wirksames Mittel, um die Bodenpreise in angemessenen Grenzen zu halten, haben sich baupolizeiliche Beschränkungen der Ausnützung des Grund und Bodens hinsichtlich der bebaubaren Fläche und der Stockwerkhöhe erwiesen. Durch Abstützung der Bauvorschriften sollen die hohen Bodenpreise in Stadtinnern von den Außenbezirken abgehalten werden. Im Interesse der Gesundheit sollen ferner Betriebe, die großen Geräusch oder Gestank verursachen, auf besondere Ortsteile verwiesen werden können. Für Wohngebäude sollen Vorschriften über deren Standhaftigkeit und Feuericherheit erlassen werden können; ebenso über die Höhe der Gebäude und der Geschosshöhe.

Die diesbezüglichen Vorschriften sind in Bayern bestimmter gefaßt. Als Maximalhöhe für Wohngebäude sind dort 22 Meter festgesetzt; mehr als 5 Geschosse oder Stockwerke dürfen sie nicht erhalten; Rückgebäude höchstens 4 Stockwerke einschl. des Erdgeschosses. Die lichte Höhe der Wohn- und Arbeitsräume muß in Städten und Märkten mindestens 2,70 bzw. 2,40 Meter, auf dem Lande mindestens 2,20 Meter betragen. Kellerwohnungen sind nur in Ausnahmefällen gestattet.

Der wichtigste Teil des Gesetzentwurfes ist der Abschnitt über die Benutzung der Gebäude, sodann über die Wohnungsaufsicht. Der § 1 des Artikels bestimmt:

Für Gemeinden und Gutsbezirke können im Wege der Polizeiverordnung allgemeine Vorschriften über die Benutzung der Gebäude zum Wohnen und Schlafen erlassen werden (Wohnungsordnungen). Für Gemeinden und Gutsbezirke mit mehr als 10000 Einwohnern sind solche Wohnungsordnungen zu erlassen. § 2 lautet: Durch die Wohnungsordnungen kann vorgeschrieben werden, daß als Wohn- oder Schlafräume (auch Küchen), nur solche Räume benutzt werden dürfen, welche zum dauernden Aufenthalte von Menschen baupolizeilich genehmigt sind.

§ 3 sagt: Die Wohnungsordnungen können ferner insbesondere Vorschriften treffen über:

1. eine den gesundheitlichen Anforderungen entsprechende bauliche Beschaffenheit und Instandhaltung der Wohn- und Schlafräume (auch Küchen),
2. eine den Anforderungen des Familienlebens entsprechende Trennung der von verschiedenen Haushaltungen benutzten Wohn- und Schlafräume (auch Küchen), voneinander,
3. die Zahl und die Beschaffenheit der erforderlichen Kochstellen, Aborte, Wasserentnahmestellen und Ausschüffe,
4. die im gesundheitlichen und sittlichen Interesse zulässige Belegung der Wohn- und Schlafräume (auch Küchen),
5. die Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung der von Dienst- oder Arbeitgebern ihren Diensthöten oder Arbeitgebergehilfen (Gesellen, Gehilfen, Lehrlingen) zugewiesenen Schlafräume,
6. die Bedingungen, unter denen die Ausnahme nicht zur Familie gehöriger Personen gegen Entgelt als Zimmermieter (Zimmerherren, Chambregarnisten), Einkieger, (Einlogierer, Miet-, Kost- und Quartiergänger) oder Schlafgänger (Schläfer, Schlaflente, Schlafsteller, Schlafgäste, Schlafburschen und -mädchen) statthaft ist,
7. die zur Durchführung der getroffenen Bestimmungen den Beteiligten, namentlich hinsichtlich der Anzeigen, Ausgänge usw. obliegenden Verpflichtungen.

Ueber die nähere Begründung dieser Vorschrift in einem besonderen Artikel.

Allgemeine Rundschau.

Sinterlistige Verdächtigungen. Der „Textilarbeiter“ das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, setzt auf Grund der Röhling'schen Anschuldigungen die Angriffe gegen unsern Verband und den Vorsitzenden Schiffer fort. Das Blatt besitzt nicht den Anstand, die gerichtliche Klärung und Entscheidung, die in wenigen Wochen erfolgen wird, abzuwarten, sondern es macht sich die Behauptungen Röhling's ohne weiteres zu eigen. Demgegenüber können wir heute schon versichern, daß am Gericht der klare Nachweis für die Unhaltbarkeit der Röhling'schen Verdächtigungen erbracht werden wird.

Auch kommt das rote Blatt neuerdings mit weiteren unkontrollierbaren Andeutungen, die sich anscheinend wieder gegen den Kollegen Schiffer richten sollen. Wir sehen den angekündigten „Enthüllungen“ mit kalter Ruhe entgegen, fordern aber wiederholt den „Textilarbeiter“ auf, seine Behauptungen klipp und klar auszudrücken und sie in einer solchen Form zu bringen, daß eine gerichtliche Verfolgung möglich ist und sofort erfolgen kann.

Unser Beileid zur Blamage. Der Verband „deutscher“ Textilarbeiter hat einen Hufarenritt ins „rote“ Königreich unternommen, um unsere christliche Textilarbeiterorganisation in Grund und Boden zu treten. Er spielt dabei aber in sehr starkem Maßstabe die Rolle des Nitters von der traurigen Gestalt.

Zunächst hatte er in Dresden seine Mannen zusammengerufen. An den Plakatsäulen, in großen Inseraten der sozialdemokratischen „Volkszeitung“, in Flugblättern usw. wurde zum Massenbesuch einer Versammlung aufgefordert. Ein leibhaftiger sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter werde mit Hilfe der Röhling'schen Broschüre den „Sumpf im christlichen Textilarbeiterverband“ sinken lassen. Alles war großartig vorbereitet. Das sollte ein Abend werden!

Die Versammlung war auf 1/2 9 Uhr angesetzt. Um 9 Uhr waren ein richtiggehender Landtagsabgeordneter, einige Vorstandsmitglieder und — 0,0 „Maffen“ zur Stelle. Inklusiv Kellner war der Besuch bald nach 9 Uhr auf ganze — 9 lebendige Menschen gestiegen. Schnüfflig schauten der Kellner, der Landtagsabgeordnete und die Vorstandsmitglieder nach der Tür, und es kam nach und nach — immer „wieder einer“ von den „Maffen“. Um 1/2 10 Uhr waren sie endlich zusammen, von den rund 100 000 „frei“ organisierten Arbeitern der Residenzstadt Dresden sage und schreibe 13 — dreizehn — Personen.

Nun konnte die Abschachtung des christlichen Textilarbeiterverbandes geräuschlos vor sich gehen.

In Meissen bei Dresden, wo auch ein lebendiger Landtagsabgeordneter in den „christlichen Sumpf“ hinabzustiegen sich erlaubte, erging es dem „deutschen“ Verbande ähnlich.

Unser Beileid zu dieser Blamage.

Meinungsfälscherei. In Nr. 42 unseres Verbandsorgans brachten wir eine Charakterisierung Röhling's, die dem „Proletarier“ und der „Holzarbeiter-Zeitung“, beides sozialdemokratische Gewerkschaftsblätter, entnommen worden war. Der „Proletarier“ bezeichnete Röhling's Schrift als eine Machetät, darum sei ihr gegenüber Misträuen am Platze, schon deswegen, weil sie persönlich zugespißt und zweideutig formuliert sei. Auch die „Holzarbeiter-Zeitung“ sagte, daß ihr der Verfasser „nicht sonderlich sympathisch“ erscheine; man werde „Enthüllungen“ solcher Leute von vornherein ein gewisses Misträuen entgegenbringen“. Das waren moralische Ohrfeigen für den roten Textilarbeiterverband als den Verbreiter der Broschüre und auch für die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse, die Röhling's „Enthüllungen“ ohne jede nähere Prüfung mit breitem Behagen abdruckte.

Nun kommt der „Textilarbeiter“ und wirft uns Meinungsfälscherei vor. Die soll darin liegen, daß wir die Ausführungen des „Proletarier“ und der „Holz-

arbeiter-Zeitung“ nicht ganz abgedruckt haben. Wir hätten jenen Teil unterschlagen, der sich mit Röhling's Ausführungen über unsere Streikattit befäße. Das sei geschehen, um den Eindruck zu erwecken, als ob man in den Kreisen der „freien“ Gewerkschaften Röhling's Enthüllungen keinen Wert belege. Das letztere ist einfach lächerlich. Unsere Mitglieder wissen ganz genau, daß unsere Freunde der roten Couleur alles aufmerksam zu würdigen wissen, was sich gegen die christlichen Gewerkschaften verwerfen läßt.

Von einer Meinungs-fälscherei unsererseits kann keine Rede sein. Die von uns zitierten Äußerungen der beiden sozialdemokratischen Organe sind eine klipp und klare Verurteilung der Handlungsweise Röhling's. Darüber vermag alle Rabulistik des „Textilarbeiters“ nicht hinwegzutäuschen. Wenn aber Röhling's Handlungsweise moralisch bemerklich und seine Broschüre „persönlich zugespißt“ und „zweideutig formuliert“ und darum ihr gegenüber Misträuen am Platze war, dann ist die ohne jede Prüfung des Inhalts vorgenommene Massenverteilung weiter nichts wie eine gewöhnliche Ehrabschneiderei. Die sozialdemokratische Partei- und das Gros der Gewerkschaftspresse hat sich nicht nur mit dem letzten Teil, sondern zunächst hauptsächlich mit dem ersten Teil der Broschüre befaßt. Erst nach Ankündigung der gerichtlichen Klage zog man sich auf den zweiten Teil zurück.

Auf die Ausführungen näher einzugehen, die der „Proletarier“ und die „Holzarbeiter-Zeitung“ zu Röhling's „Enthüllungen“ über unsere Streikattit brachten, hatten wir keine Veranlassung. Ausdrücklich bemerkten wir, daß zu diesen Ausführungen bereits in der vorigen Nummer (41) unseres Organs das Nötige gesagt sei. Diese unsere Bemerkung unterschlägt der „Textilarbeiter“. Durch sie gerade wurde aber jedem Leser unseres Blattes klar, daß die beiden sozialdemokratischen Organe den Teil der Röhling'schen Broschüre, trotz ihrer abfälligen Bemerkungen über diese, gegen uns auszuschlachten suchten.

Der „Textilarbeiter“ druckt nun seinerseits die Ausführungen des „Proletarier's“ über unsere Streikattit ab, um seinen Vorwurf der Meinungs-fälscherei zu begründen. Dabei begeht er das „Verbrechen“, daß er uns zum Vorwurf macht, er unterschlägt auch wiederum die von letztgenanntem Blatt gebrachte Charakterisierung der Röhling'schen Broschüre. Damit macht er seinen Lesern ein objektives Urteil unmöglich und sich selbst somit der Meinungs-fälscherei schuldig.

Uebrigens zeigt der vollständige Abdruck der von „Proletarier“ gebrachten Ausführungen aufs neue, welchen Gewicht der „Textilarbeiter“ dem Urteil des ungewonnenen Freundes Röhling beimißt. Da dürften wir ihn wohl erneut ersuchen, mal dessen Äußerungen über die Streikattit des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes den Lesern vorzusetzen. Material darüber findet er in der vorigen Nummer unseres Organs.

Ihr Dank. Innerhalb der Gruppe der Leute, die ein schärferes gesetzliches Vorgehen gegen die Arbeiterberufsverbände fordern, haben die Vertreter großbäuerlicher Interessen von jeher eine führende Stellung eingenommen. In der dem Bunde der Landwirte und der konservativen Partei nahestehenden Presse werden die Forderungen nach „mehr Schutz den Arbeitswilligen“ besonders laut erhoben. Die parlamentarischen Vertreter dieser Kreise haben im Reichstage sowohl als auch in den Landtagen der Einzelstaaten wiederholt Anträge gestellt, die auf nichts weniger als auf eine gesetzliche Erdrosselung der Gewerkschaften hinauswollten. Es ist nicht schwer, an Hand der Geschichte der Gesetzgebung nachzuweisen, daß diese Kreise im allgemeinen für eine selbständige Gewerkschaftsbewegung niemals sonderlich viel Sympathie und Verständnis an den Tag gelegt haben. Und wenn ihnen auch ein Verdienst um das Zustandekommen unserer Arbeiterversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung zuerkannt werden muß, so darf doch wohl daran erinnert werden, daß sie auch in diesen Punkten ihre speziellen Interessen wohl zu wahren suchten und es in der Regel auch liebten, mit der Politik des Arbeiterschutzes eine Politik des Arbeitertruges zu verbinden.

Es ist an der Zeit, diese Kreise darauf hinzuweisen, daß es wenig klug und auch wenig dankbar von ihnen ist, wenn sie unter den Schreibern nach einer Verschlechterung des Koalitionsrechts den Mund am weitesten aufreißen. Im Interesse unserer Landwirtschaft hat die deutsche Arbeiterschaft nicht unerhebliche Opfer auf sich nehmen müssen und zum Teil auch willig auf sich genommen. Wir sind nicht der Auffassung, daß der landwirtschaftliche Schutzvoll immer und unter allen Umständen im Kleinhandelspreise zum Ausdruck komme, aber so wie sich die Dinge in den letzten Jahren entwickelt haben, verursachen die landwirtschaftlichen Zölle doch eine nicht unerhebliche, sehr fühlbare Belastung des Arbeiterhaushalts. Wenn sich die christlich-nationale Arbeiterschaft dennoch gegen eine radikale Aenderung unserer landwirtschaftlichen Zölle ausspricht, so übernimmt sie damit Opfer, die die Vertreter der Landwirtschaft anerkennen sollten. Aber Anerkennung und Dankbarkeit scheinen in den Kreisen dieser Leute keine Heimstätte zu haben. Wie wäre es sonst möglich, daß sie, mit mehr Ausdauer und Aufwand an Kraft- und Schlagworten als mit Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiterberufsverbände, seit Jahren eine gesetzliche Verschlechterung des Koalitionsrechts zu erreichen trachten? Wohl wollen sie dem Arbeiter die Lasten der Zölle „im Interesse der Landwirtschaft“ aufbürden, aber sie versuchen zugleich, dem Arbeiter die Möglichkeit zu beschneiden, mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation einer Verschlechterung seiner Lebenshaltung vorzubeugen.

Diese Tatsachen machen es wahrhaftig nicht leichter, in weiten Kreisen der Arbeiterschaft das Ver-

Handnis für die berechtigten Interessen der Landwirtschaft zu wecken und zu fördern. Sie führen im Gegenteil den radikalen Gegnern unserer Schutzpolitik ständig Wasser auf die Mühlen. Möge das den agrarischen „Arbeitswilligenfreunden“ zur Erkenntnis gebracht werden. Möge ihnen mit aller Deutlichkeit zu Gemüte geführt werden, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine außerordentlich wichtige Stütze des landwirtschaftlichen Schutzes ist. Bei den jetzigen Parteiverhältnissen im Reichstage können die aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangenen oder von dieser in der Hauptsache gestützten Abgeordneten den ganzen Politaris gründlich durcheinander wirbeln. Es schadet nichts, wenn das den großagrarisches Kreisen mit aller Rücksichtslosigkeit gesagt wird.

Wir sind entschiedene Anhänger unserer jetzt geltenden Wirtschaftspolitik, auch des landwirtschaftlichen Schutzes, aber wenn unsere Agrarier zum Dante dafür, daß die Industriearbeiterschaft nicht geringe Opfer im Interesse der Landwirtschaft auf sich nimmt, mit aller erheblichen Mühe auf eine Verschlechterung des Koalitionsrechts hinarbeiten, dann fällt es doch sehr schwer, Böses mit Gutem zu vergelten. Die christlich-nationale Arbeiterschaft reicht nicht auch noch die rechte Wange dar, wenn sie auf die Linke geschlagen wird. Mögen es sich jene Kreise selbst ausrechnen, wer den meisten Schaden hätte, wenn die christlich-nationale Arbeiterschaft nach dem Satze handeln würde: Haßt du meinen Juden, haue ich deinen Juden.

Gegen Bodenspekulation und Wohnungswucher. Bodenspekulation und Wohnungswucher fressen am Marke des deutschen Volkes. Sie sind die Quellen vielfacher und tiefgehender sozialer und sittlicher Schäden. Gegen sie muß die Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit Front machen. Wie notwendig das ist, zeigt jetzt wieder der heftige Kampf, der gegen den vorliegenden preussischen Wohnungsgesetzentwurf von einflussreicher Seite systematisch organisiert wird. Man will das Eingreifen der Gesetzgebung unter allen Umständen verhindern, um das verderbliche Geschäft des Boden- und Wohnungswuchers ungehindert weiter betreiben zu können. Hier kommen Lebensinteressen der deutschen Arbeiterschaft in Frage.

Neben der Arbeitslosenfürsorge ist die Wohnungsreform unstrittig die wichtigste und dringlichste Aufgabe der zukünftigen Sozialpolitik. „Daß die Wohnungsfrage für das gesamtgesellschaftliche, soziale und sittliche Leben des Volkes von der allergrößten Bedeutung ist, darüber herrscht heute Einstimmigkeit.“ So heißt es in einem Artikel „Zur Arbeiterwohnungsfrage“ in dem sechsten erschienenen Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften Deutschlands 1914 (Köln, Christlicher Gewerkschaftsverlag, Preis 1 M., für Mitglieder 50 Pfg.).

„Es gibt keine Teilfrage des großen sozialen Problems, die für die Lebensgestaltung des Einzelnen, der Familie und der Volksgemeinschaft von solch tief einschneidender Wirkung ist wie die Wohnungsfrage. Familienruhe und Volksgesundheit, diese Grundlagen der christlichen Gesellschaftsordnung und der Wehrfähigkeit einer Nation, sind in erster Linie mit abhängig von den jeweiligen Wohnungsverhältnissen. Mit Besorgnis beobachtet man zurzeit den ständigen Verfall vieler Volksschichten, den Rückgang der Geburtenziffern, die Lockerung der

Familienbände; bei näherem Zusehen wird man unter den Wurzeln des Übels in erster Linie mit auf die Mängel im Wohnungswesen stoßen. Ungezählte Menschen werden schon im frühen Jugendalter infolge ungenügender Wohnungsverhältnisse sittlich vergiftet; Millionen von Familien werden zerrüttet, weil der Mann vor seiner Behausung flüchtet und dem Wirtschaftshaus und Alkohol verfällt, oder weil durch Mieter und Kostgänger der Mietzins aufgebracht, aber sehr häufig auch der Zerstörer in die Familie aufgenommen werden muß; Massen von Menschen werden durch Krankheit und Seuchen hingerafft, die in schlechten Wohnungen ihren Ursprung und Nährboden haben; und wie viele junge Menschen kommen überhaupt nicht zur vollen körperlichen und geistigen Entwicklung, weil elende Wohnungsverhältnisse, die in der Regel auch noch mit Unterernährung und schlechter Pflege verbunden sind, kein starkes Geschlecht aufkommen lassen. — Für die Arbeiterschaft ist diese Frage nachgerade zu einer der brennendsten Lebensfragen geworden, weil die Wohnungsverhältnisse einen unverhältnismäßig großen Teil des Einkommens verschlingen und, wie die bisherige Entwicklung zeigt, ein immer weiteres Anziehen der Wohnungspreise zu befürchten ist. Daher ist es für die Arbeiter zur unumgänglichen Notwendigkeit geworden, der Frage ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. . . . Reich, Staat und Gemeinde müssen an ihre Pflichten auf diesem wichtigen Gebiete erinnert, zur praktischen Arbeit gedrängt und gejoben werden.

Spartassen und Förderung des Kleinwohnungswezens. Unlängst fand in Saarbrücken der Rheinisch-Westfälische Spartassentag statt. Der Beigeordnete der Stadt Essen, Herr Roth, hielt einen eingehenden Vortrag über das Thema: „Spartassen und Wohnungsfrage“. Er wies den Spartassen sehr wichtige Aufgaben zur Förderung des Kleinwohnungswezens zu. Aus seinem Vortrage heben wir folgende Grundgedanken hervor:

„Es ist eine Sache aus ihrem gemeinnützigen Charakter ergebende Pflicht der Spartassen, im Rahmen ihrer gesetzlichen und geschäftlichen Befugnisse die auf Förderung des Kleinwohnungswezens gerichteten Bestrebungen zu unterstützen.“

- Dieses kann geschehen dadurch:
1. Daß die Spartassen eine Zinspolitik treiben, die eine normale Gestaltung des Hypothekenzinsfußes gewährleistet.
 2. Daß sie in der Beleihungspraxis den gemeinnützigen, ganz besonders aber den privaten Kleinwohnungsbau des Arbeiter- und Mittelstandes hinreichend berücksichtigen, tunlichst unter Zuhilfenahme günstiger Zinsbedingungen und bei jahungsgemäß zu erweiternder Sicherheitsgrenze.
 3. Daß sie durch vermehrte Revisionen dem für die Wohnungskultur so äußerst verderblichen Bauverfall der von ihnen bestehenden Objekte erhöhte Aufmerksamkeit schenken, und zwar in ständiger Fühlung mit Wohnungsämtern, Wohnungsinspektionen oder sonstigen amtlichen Stellen.
 4. Daß sie den kleinen Hausbesitzern die ihnen durch die Gemeinbewohnungspflege zu machenden Aufzinsen zu haussicheren Änderungen und dergleichen zu erleichtern suchen, indem sie ihnen aus einem aus Spartassenüberschüssen zu bildenden Fonds schnell tilgbare Darlehen zu günstigen Zinsbedingungen gewähren.

5. Daß sie ihre Kräfte in den Dienst von Gemeindehypothekendämtern zur Beschaffung zweiter Hypotheken stellen, und zwar durch Herabgabe von Darlehen an die Gemeinden, durch Prüfung und geschäftliche Erledigung der eingehenden Anträge tunlichst im Anschluß an die von ihnen zu gewährenden ersten Hypotheken, durch Bildung von Sicherheitsfonds für das Risiko der zweiten Hypotheken und dergleichen.“

Die freie Arztwahl bildet bekanntlich den Hauptstreitpunkt im dem Konflikt zwischen Ärzten und Krankenkassenorganisationen. Während die Ärzte entschieden für die freie Arztwahl eintreten, wird sie von den Krankenkassen wegen der schweren Belastung abgelehnt. Daß dieser Standpunkt berechtigt ist, zeigt die Begründung des Entwurfs zu einem neuen Krankenversicherungsgesetz, das für das Großherzogtum Luxemburg eingeführt werden soll. Darin heißt es nämlich:

„Das Grundübel, woran die Krankenkassen leiden, ist zweifellos die freie Arztwahl zu erblicken. Bei einer Gegenüberstellung der Ergebnisse der verschiedenen Systeme unter finanziellen Gesichtspunkten drängt sich gebieterisch die Schlussfolgerung auf, daß das zur Zeit in Geltung stehende System der freien Arztwahl in seinen Wirkungen den Kassen und ihren Aufgaben geradezu zum Verhängnis werden muß. Für die luxemburgischen Kassen läßt sich auf der ganzen Linie eine weitgehende Mehrbelastung feststellen, welche durch den derzeitigen Modus der freien Arztwahl bedingt ist. Die entsprechende Kurve zeigt sogar das Streben, sich in steigender Richtung zu bewegen. Die Mehrbelastung an Ausgaben, die einzig und allein auf die Mangelhaftigkeit des derzeitigen kassenärztlichen Systems zurückzuführen ist, entspricht einem Betrage in Höhe von einem Drittel des Beitrages, der von Arbeitgebern und Arbeitern aufzubringen ist. Diese drückende Verpflichtung hat zu allgemeinen Klagen über die Höhe der Kassenbeiträge in der Öffentlichkeit geführt. Der beregte Mißstand vermehrt es den Kassen, eine Herabsetzung der Beiträge vorzunehmen, die Rücklage anzusammeln und den gesetzlichen Leistungen eine wünschenswerte Ausdehnung zu vermitteln. Die Folgen der freien Arztwahl in Luxemburg laufen darauf hinaus, daß die Krankenkassen den Ärzten schuldlos überantwortet sind. Einige zur Anwendung gebrachte Kontrollmittel haben sich als von geringem Einfluß erwiesen. Der luxemburgische Gesetzgeber hat sich im Jahre 1901 durch sein großes Wohlwollen für die Arbeiter verleiten lassen, die Grundzüge kluger Zurückhaltung nicht zu berücksichtigen. Heute haben die praktischen Erfahrungen in dieser Hinsicht den unumstößlichen Beweis geliefert, daß auch im vorliegenden Falle das Bessere als des Guten Feind anzusehen ist und daß die praktische Verwirklichung des Prinzips der freien Arztwahl den Kassen eine Belastungsprobe auferlegt, die über ihre finanziellen Kräfte hinausgeht.“

„Es wäre zu wünschen,“ schreibt hierzu der „Gewerksverein“, das Zentralorgan der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, dem wir diese Angaben entnehmen, „daß die Herren Ärzte auch von dieser Rundgebung Notiz

Geheime Zwiesprach.

Ein Märchen von Kesselschmied Heinrich Versch.

Am Rande einer Industriestadt liegt zwischen den Fabriken und Mietkasernen ein großer Platz, von einer hohen Mauer umgeben. Ein Schild: „Schrot- und Hüttenprodukte“ erhebt sich über dem Tor. „Schrot- und Hüttenprodukte“ erhebt sich über dem Tor. Wenn man den Eisenanstich sehen könnte, der da hineinführt und die Waggon darauf mit alten Maschinen, Eisenplatten jeglicher Form und mit rostigen Kesseln beladen, die nie mehr herauskommen, so könnte man von einem Friedhof der Industrie reden. Wehlich ist er doch: die Vorhalle zum Krematorium. Weit, an der andern Seite der Stadt, flammen die Hochöfen auf. Dahin kommen die invaliden Dampf-, Spinn-, Web- und Druckmaschinen, die aus irgend einem Grund neuen Platz machen mußten.

Einmal habe ich dort in der Nacht arbeiten müssen. Da es nun Mitternacht wurde und im Maschinenraum drückend heiß war, ging ich hinaus auf den Platz. Das weiße Mondlicht warf wunderlich geformte Schatten von den gekrümmten Eisenhäufen. Ueber den zackigen Schattenriß der Häuser und den Fabriken leuchtete das matte Rot der Hochöfen. Die Straßen waren still. Die Stadt lag in Nacht begraben.

Ich setzte mich auf eine Maschinenachse, die gut mannsdick war, vergrub den Kopf in die Hände und ruhte aus. Da hörte ich eine menschliche Stimme neben mir sprechen: „Wird bald der Tag der Erlösung kommen? Wochenlang liegt ich schon hier. Fühlt denn keiner, wie entsetzend dies Leben für mich ist?“ „Boh!“ sprach eine tiefe Stimme: „Ich habe es gestern schon gesagt, lange kann es nicht mehr dauern.“

Jetzt merkte ich, daß ein großes Schwungrad zu einem Dampfzylinder sprach: „Ich, du und unsere Schwester, die Achse, wie schüchtern sind wir dran. Kein Mensch achtet auf uns. Weißt du noch, wie wir gehütet wie KönigsKinder aufgestellt wurden? Wie die Menschen keinen Rat mehr wußten, wie sie die vielen Kohlen fördern sollten. Müßten nicht alle Fabriken im Lande feiern, eh' wir kamen? Könige und Fürsten haben uns bewundert. Wir schafften, wir tummelten uns, Tag und Nacht. Wir taten's gerne. Tausende haben es uns gebannt. Und jetzt?“ „Ja“, sagte die Achse, „jetzt fühlst du es. Ich fühlte es schon. Seit der Kohlen weg ist, schläft sogar oft der Hund an mir. Ich kann's nicht wehren. Manchmal denke ich noch an den jungen Mann, der mit einigen alten Herren und dem Direktor über uns beriet. Die Herren sprachen von anderweitiger Verwendung. Doch der

blasse mit der blauen Bluse sagte: „Maus damit, meine Herren“, und ging. Die andern folgten achselzuckend. Ich dachte, jetzt ist es aus, aber wie lange hat es gedauert? Ich glaubte sogar, wir wären geliebt. Aber eines Tages nahm der Maschinist seinen Kasten mit, besah uns, die Wände und sagte: „Jetzt abe, du alte, verdamnte Karre“ und ging. Das war aber erst der Anfang. Diese Mißachtung, das ist es, was mich schmerzt.“

„Sage nicht Mißachtung, oder beziehe es nicht auf dich“, sagte ein Lokomotivrad, „sobald wir die Fähigkeit verloren haben, unsere Pflicht zu erfüllen, werden wir übertragen. Ich bin drei Jahre alt. Wer weiß, was aus uns wird? Jedenfalls bekommen wir einen andern Sinn.“

„Man merkt es dir an, daß du keine Bildung auf Reifen geholt hast“, sagte die Achse; „denn du sprichst sehr hoch. Uebrigens haben wir auch Gesellschaft bekommen. Dort steht eine Kiste voll Gerümpel. Ich kann nicht sehen, was darin ist. Sie doch einmal nach, Zylinder, du siehst wenigstens aufrecht.“

„Hm, hm, was sehe ich? einen alten Ofen, eine Anzahl Rädchen, eine kleine komplizierte Maschine, die ich nie sah, ein (wie nennt man es nur?) du weißt ja, der Kaiser trug es, als er uns beschäftigte: stocklang, blank, oben ein Eisenkorb, unten spit, es schleppte über die Erde und rasselte, wenn er ging. So, ein Degen. Und du kennst das Kleingewehr, das aus den Bürgerhäusern kommt: Nägel, Schrauben, Hufeisen.“ Der Zylinder war stolz und schwieg.

„Zhr erlaubt doch, daß wir mit euch sprechen“, sagte die komplizierte Maschine, die bin eine Nähmaschine. Lebensgenosse, Leidensgenosse. Ich bin fast so alt wie ihr. Mein Schicksal ist einfach. Auch ich bin nicht allein. Der Degen, der neben mir liegt, hing zu Hause über mir an der Wand. War oft hat das braune Mädchen nach ihm aufgeschaut. Der ihn trug, der ging einmal mit einer schwarzen Tracht belledet aus dem Hause. Er war der Liebste derer, der ich gehörte. Er zog in den Krieg und kam nie wieder. Solange das Mädchen an mir arbeitete, ist sie nie mehr froh gewesen. Sie sagte immer, wenn sie lieblosend mit der Hand über den Degen fuhr: „Für alle!“ Sie meinte damit, daß er fürs Vaterland hinausgezogen sei. „Für alle!“ Und sie arbeitete weiter. Und da hat es nicht lange mehr gedauert, bis man mich mit vielen auf den Speicher warf. Der Degen rollte ein paar Spannen weiter.“

Das gereifte Zugrad sprach: „Es ist sonderbar, daß wir jetzt zusammenkommen und wandern zusammen den Weg zur Auferstehung. Wir haben alle der Menschheit und der Kultur gedient. Wir brauchen uns nicht zu loben und uns auch nicht einzubilden. Die Menschen, die uns schufen, die mit ihrem Verstande die Naturgesetze ergündeten und

nimmer rastend fannen, bis nach hunderten Versuchen das wurde, was wir jetzt sind, die Menschen sollen wir achten. Und das Neue, deswegen wir gehen müssen, für das sollen wir auch Achtung haben.“

„Zhr habt recht“, mischte sich die Achse ins Gespräch. „Aber wir sind doch einmal da, gehören in die Welt. Wir sind Arbeit. Warum soll da der Schweiß von Tausenden vergebens geflossen sein. Warum soll die Arbeit von vielen, Arbeit von Jahren, in Nichts vermandelt werden?“

Da sprach das Rad: „Wir sterben nicht. Die Idee in uns lebt weiter, die kann nicht sterben. Sie ist unsere Seele.“

Da sprach der Degen: „Wenn ihr so gelebt seid, monach schäht ihr denn unsere Arbeit? Was ist der Krieg? Was unsere Stärke, unsere Macht, die, wenn sie sich zeigt, mehr verherend als fördernd wirkt? Und das Blut und Leben von Tausenden und die Opfer an Wert und Gut? Seht hier an meinem Griffe hängt an einem Silberdraht ein Ring: „Gold gab ich für Eisen. 1818.“ Was sagt ihr von dem Opfermut dieser Menschen? Ist ihre Tat nicht größer als die eurer Erfinder? Die schufen nur vom Zeitgeist, von Notwendigkeit, von ihrer Sehnsucht nach dem Stein der Weisen getrieben, von dem Fieber ihrer rastlos arbeitenden Gehirne. Wäret ihr, wäre diese ganze deutsche Industrie, wenn wir ihr nicht den Grund, die Lebensbedingung: Freiheit gegeben hätten? Sie schüttelten das neue Joch der Fremdherrschaft ab. Nur unter dieser Bedingung, im alten Vaterlande frei zu sein, konnten die andern leben und schaffen!“

„Du magst da recht haben“, sprach das Rad dagegen. „Die ganze stolze Höhe unserer Zeit ist nichts anderes als ein Produkt von Geist, Kraft, Opfermut und Arbeit. Aber die Väter vor hundert Jahren gaben nicht mehr, als ihre Söhne, die Arbeiter von heute geben. „Gold gab ich für Eisen!“ Das Gold ihrer körperlichen Freiheit für das erhaltende Eisen des Lebens. Um Geld arbeitet keiner. Geld ist wertlos. Sie tauschen Kraft um Nahrung, Freude und Ruhe sind seelische Nährwerte. Und damit haben sie eine neue Kultur errichten helfen. Auch sie geben oft Blut und Leben. Noch mehr, sie geben ihren Geist an tote Dinge. Ob es lohnt oder nicht, danach laß mich, o Degen, nicht fragen. Was ist die Kultur von heute gegen die deine?“

Das Rad hatte zu reden aufgehört und erwartete Antwort. Aber alles war eingeschlafen, bis auf die Achse. Und die sprach zum Zylinder: „Das Rad ist komplett verriekt geworden. Ich glaube, es hat sich während seiner Dienstzeit so oft um sich selbst gedreht, daß es gar nicht mehr weiß, woran es ist. Schade darum. Es hatte manches gelernt.“

Die Unterredung hatte ein Ende. Alles schwieg. Der Mond funkelte in die Nacht und ich ging kopfschüttelnd hinein.

nahmen. Sie zeigt, wie wohl begründet der Widerstand der Klassenverbände gegen das System der freien Arztwahl ist."

Neun Jahre Krankenpflegerbewegung. Auf ein 10-jähriges Bestehen sieht neben der „Deutsche Verband der Krankenpfleger und -Pflegerinnen“ (Geschäftsstelle Berlin N 58) zurück. Neben 50 Berufsverbänden wurde er 1903 gegründet, und doch stellt er heute die stärkste nationale Organisation der Krankenpfleger und -Pflegerinnen dar (2000 Mitglieder in 35 Ortsgruppen). In zäher Arbeit erreichte er ein Niederringen des sozialdemokratischen Verbandes, der heute völlig bedeutungslos geworden ist. Groß sind die Erfolge, die er für den bisher von der Sozialpolitik so sehr vernachlässigten Beruf erreichen konnte. Sie kamen in be- redten Worten zum Ausdruck in der Festschrift, die der Leiter und Gründer des Verbandes, Georg Streiter, neben auf dessen Jubelfeier hielt. Diese Feier war aus- gang Deutschland besichtigt und nahm einen erhebenden Verlauf. Begrüßungen übermittelten teils persönlich, teils schriftlich u. a. Geh. Ober-Med.-Rat und Vortrag. Rat im Ministerium des Innern Prof. Dr. Diltrich, Reg.- und Geh. Med.-Rat Dr. Peter-Strassburg i. G., Senatspräsident Geh. Reg.-Rat Dr. Flügel (für die Gesellschaft für soziale Reform), Verbandsvorsitzender Wiebeberg (Gesamtverband christlicher Gewerkschaften), Dr. med. Jacobsohn (Zentral-Krankenpflege-Nachweis Groß-Berlin), das Büro für Sozialpolitik, der Bund der Bodenreformer, zahlreiche Reichs- und Landtagsabgeordnete (u. a. Giesberts, Dr. med. Mugdan, Mumm, Spalowsky-Wien), mehrere in- und ausländische Orts- vereine, Fachverbände usw. Ein Telegramm an den Kaiser wurde in herzlichster Weise beantwortet.

Wir haben die Zuversicht, daß der rührige Verband, der besonders durch die parlamentarischen Verhandlungen in den letzten Jahren hervorgetreten ist, auch weiterhin bemüht sein wird, den Krankenpflegerberuf vom Durch- gangsberuf zum beglückenden Lebensberuf zu gestalten, und hoffen mit ihm, daß der dem Reichsamt des Innern vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit und der Unfallfürsorge des Krankenpflege- personals recht bald veröffentlicht werden möge. Unsere Kranken sind es wert, daß sie von einem tüchtigen, berufsfreudigen, aber auch sichergestellten Personal ver- pflegt werden.

Sechste Hauptversammlung der Gesellschaft für Sozialreform. Die Gesellschaft für Soziale Reform, die nicht bloß für unsere staatliche Arbeitergesetzgebung, sondern für die Weckung des sozialen Gedankens in der öffentlichen Meinung überhaupt bahnbrechend gewirkt hat, hält in den Tagen vom 20.-22. November in Düssel- dorf ihre sechste Hauptversammlung ab. Auf der Tagung werden die „Rechtsfragen des Arbeitsvertrages“ und der Ausbau und die Vervollkommnung des gewerblichen Einigungswesens zur Verhandlung kommen. Referent für das erste Thema ist der in Fragen des Arbeitsrechtes sehr gut bewanderte Rechts- anwalt Dr. Sinzheimer aus Frankfurt a. M. Ueber das gewerbliche Einigungswesen sprechen der Vorsitzende der Gesellschaft, Freiherr von Verlepsch, und der Redakteur der „Sozialen Praxis“, Dr. Waldemar Zimmermann.

Mit der Erörterung dieser Fragen knüpft die Gesell- schaft für Soziale Reform an die im Jahre 1906 auf der Berliner Hauptversammlung begonnenen Beratungen über die Methoden des gewerblichen Ein- igungs wesens und die kollektivvertragliche Interessenregelung in der industriellen Arbeitswelt wieder an. Die auf den damals schüchtern skizzierten Bahnen inzwischen wüchsig voran- geschrittene Entwicklung hat die Berufsverbände, die Gerichte, die Verwaltungsbehörden und nicht zuletzt die Wissenschaft des Sozialrechts vor so viele neue und schwierige Aufgaben der Praxis und der Theorie gestellt und so manche neue Streitfragen geweckt, daß Versuche zu ihrer Klärung und Beantwortung, gegebenenfalls mit gesetzgeberischen Mitteln, von den Freunden der Sozial- reform in allen Lagern gar nicht eifrig und gründlich genug unternommen werden können.

Die Gesellschaft für Soziale Reform will in Düssel- dorf, gestützt auf die wissenschaftlichen Vorarbeiten ihres Arbeitsrechtsausschusses, der in mehreren Schriften die Fragen der tarifvertraglichen Haftung und Abdingung, des Arbeitsvertrages und des Einigungswesens gutachtlich untersucht hat, durch die Aussprache von Politikern und Sozialwissenschaftlern, von Verwaltungsmännern und Juristen, von sachkundigen Vertretern der Arbeiterchaft und des Arbeitgeberturns auch ihrerseits dazu beitragen, die schwierigen, für die Weiterentwicklung des friedlichen kollektiven Arbeitsverkehrs in Deutschland entscheidenden Fragen ihrer Lösung näher zu bringen und damit, getreu ihrer Losung, dem Gedanken des sozialen Friedens ein neues Stück Weg bereiten helfen.

Großkapitalistische Freunde der Sozialdemo- kratie. Großkapitalist und Sozialdemokrat Arm in Arm — das ist ein sonderbares Bildchen. Und dennoch ist es gar nicht so selten zu sehen. Auch deutsche sozialdemo- kratische Unternehmungen werden von namhaften Kapi- talisten unterstützt und mit unterhalten. In Belgien ist die Annäherung zwischen sozialdemokratischer Partei und Großkapitalisten so weit gediehen, daß im Frühjahr dieses Jahres sich die Partei auf Drängen einiger liberaler Großindustrieller zu einem Generalstreik bewegen ließ. Die bedröhten Arbeiter holten für die liberalen Unter- nehmer die politischen Kastanien aus dem Feuer.

Einer von diesen großkapitalistischen Freunden der Sozialdemokratie ist Ernst Solway, der in Deutschland eine ganze Reihe von industriellen Werken, aber in Brüssel seinen Wohnsitz hat. Kürzlich wurde er wieder in der sozialdemokratischen Presse wegen mehrerer Stiftungen zu Arbeiterwohlfahrtszwecken in hohen Tönen gepriesen.

„Der Industrielle Solway,“ so schrieb die „Rheinische Zeitung“ in Köln (Nr. 221 1913), „unterscheidet sich auch in seinen Wohlfahrtsanstaltungen von anderen Arbeitgebern sehr vorteilhaft. Er hält es für selbstverständlich, daß seine Arbeiter volle Freiheit in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht haben. Der sozialistischen Bewegung steht er sym- pathisch gegenüber; den Wahlrechtstreik hat er moralisch und materiell unterstützt.“

So preist die sozialdemokratische Presse ihren kapi- talistischen Freund, der für eine sozialdemokratische Volksbibliothek in Brüssel einmal 60000 Frs., für den letzten Generalstreik 75000 Frs. gespendet hat. Wie es nun mit der wirklichen Arbeiterfreundlich- keit dieses sozialdemokratischen Goldbankes aussieht, darüber kann man sich auf den Sol- way'schen Salinenwerken in Lothringen näher informieren.

Dort hatten die Arbeiter bis zum Jahre 1906 eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden, ferner alle 14 Tage Sonntags 24 Stunden und verdienten Löhne von M. 2,20, M. 2,50 pro Tag. Es mußte ein lang- wieriger Streik geführt werden, um mit diesen un- würdigen Zuständen wenigstens in etwa aufzuräumen. Trotz der Zustimmung beim Abschluß des Streiks, daß keine Maßregelungen erfolgen sollten, sind trotzdem nachher fast alle christlich organisierten Arbeiter aus dem Betriebe entfernt worden.

Auch heute noch besteht unter den dortigen Arbeitern die feste Ueberzeugung, daß christlich Organisierte nicht gebildet, wohl aber die sozialdemokratische Bewegung gerne gesehen würde. Von den sozialdemokratischen Ge- werkschaften aber wollen die Arbeiter nichts wissen, weil ihnen die dicke Freundschaft zwischen dem Werkbesitzer und der roten Umsturzpartei sehr verdächtig vorkommt. Und die denkenden Arbeiter beurteilen auch die Wohl- fahrtsanstaltungen in den Solway'schen Werken genau so, wie ähnliche Einrichtungen sonst von der Sozialdemokratie eingeschätzt werden. Von dem Geiste dieser Wohlfahrtsanstaltungen zeugt auch die Tatsache, daß bei Bewährung einer Arbeitsprämie von M. 100 für 25-jährige Dienstzeit solche Arbeiter, die sich an dem Streik beteiligt haben, übergangen wurden.

Wenn die Sozialdemokratie trotzdem für diesen Unter- nehmer schwärmt, so läßt das tief blicken. Ein bekanntes Wort sagt ja: Geld riecht nicht!

Auch eine „Widerlegung“.

Röhlings „Enttüllungen“ über unsere Streikattit haben wir bereits sowohl in der Presse, als auch durch ein Flug- blatt gebührend gekennzeichnet. U. a. zeigten wir, daß der in Röhlings Schmähschrift veröffentlichte Brief vom 8. Dez- lebiglich Protest erhebt gegen die bei den elsässischen Textil- genossen übliche Inszenierung, resp. Begünstigung und finanzielle Unterstützung wilder Streiks, unter gleichzeitigem Ausschluß der christlichen Verbandsvertreter von den Ver- sammlungen. Diese Feststellung rief die sozialdemokratische „Mülhauser Volkszeitung“ auf den Plan. Zu widerlegen vermochte sie nichts, deswegen verlegte sie sich aufs Schimpfen. In den 67 Zeilen ihrer Erwiderung finden sich folgende Schimpfblüten:

„Schuftigen Verräterei“, „Verräterei bei Arbeitskämpfen“, „ehelos und entlarvt“, „schuftigen Laten“, „Verräterorgani- sation“, „Verrätereten“, „Deutung und Verdrehung“, „Schufte- reien“, „Verräterei“, „schuftige Lat“, „wurmstichige Moral- begriffe“, „schmäßliche Verräterei“, „schuftigen Laten“, Ver- lumpung aller Moralbegriffe“, „ehelosen Verräterei“, „Schwindlergenie“, „bewiesenen Schandaten“, „Heuchler- tric“, „wurmstichige Moral“, „Verräterei“.

Man sieht, die Redaktion der „Mülhauser Volkszeitung“ hat beim Genossen Krätzig eine geistige Alalaise auf- genommen. Noch etwas tiefer in die Gasse, dann ist sie im Ton diesem ebenbürtig. Wenn sie aber glaubt, damit unsere Feststellung zu entkräften, ist sie doch im Irrtum. Im Gegenteil, ein altes Sprichwort sagt: „Der schimpft, hat Unrecht“.

Nachstehend wollen wir an einigen Beispielen aus dem Jahre 1911

die Begünstigung wilder Streiks durch die elsässischen Textilgenossen darlegen. Wir greifen das Jahr 1911 deswegen heraus, weil sich der erwähnte Brief auf diese Streiks bezieht.

Mülhausen.

Im Druckereibetriebe der Firma Köhlin-Freres brach am 28. Januar 1911 ein wilder Streik wegen un- genügender Lohnverhältnisse aus. Die Vertreter des sozial- demokratischen Verbandes forderten die Arbeiter zum Aus- harren im Streik auf. Sie versuchten ferner, diesen Streik zu einem Generalstreik sämtlicher Druckerei- betriebe auszudehnen. In den für die übrigen Be- triebe veranstalteten Betriebsversammlungen suchte man die dort beschäftigten Arbeiter eben- falls zur Einstellung der Arbeit zu bewegen. Der Vertreter unseres Verbandes wurde aus den Versammlungen stets ausgewiesen. Ohne irgendwelchen Erfolg kam es nach vier Tagen zum Abbruch des Streiks.

Am 24. Februar traten die Continuarbeiterinnen bei Dreyfuß-Bau in einen wilden Streik. Die sozial- demokratischen Verbandsvertreter forderten auch hier zum Verharren im Streik auf. Unseren Verbandsvertreter, der sich früh morgens am Fabriktor nach den Streikenden um- sehen wollte, bedrohte ein Vertreter des roten Verbandes

tätlich. Durch Fabrikversammlungen suchten die Genossen dann die jungen Arbeiter und Arbeit- erinnen anderer Betriebe für einen wilden Solidaritätsstreik zu gewinnen, was teilweise auch gelang. So z. B. bei den jugendlichen Arbeiterinnen der Nammgarnspinnereien. Es sollten dadurch offenbar auch die Spinner und Anseher zum Streik provoziert werden. Dieser Zweck wurde aber nicht erreicht und nach achtstägiger Dauer endete der Bluff mit einer Niederlage.

Sulz.

Ein erster wilder Streik, an dem etwa 300 Arbeiter beteiligt waren, brach am 13. Mai in der Seidenstoffweberei Waumann Ätler u. Co. aus. Von den roten Führern wurden die Arbeiter wiederum öffentlich zum Ausharren im Streik aufgefordert, solange, bis das Gewünschte bewilligt wäre. Am zweiten Streiktag war unser Vertreter in der Streikversammlung. Die sozialdemokratischen Führer wollten ihn sofort hinausweisen. Eine Mehrheit der Arbeiter sprach sich aber für das Verbleiben unsers Verbands- vertreters aus. Bis zum anderen Tag hatten aber die Ge- nossen unter den Streikenden gegen unsern Verband Stimmung gemacht. So wurde z. B. gesagt, von den mittleren zum „Streikbrecher“ gewordenen Arbeitern wären vier christlich organisiert, was durchaus nicht zutraf. Man erreichte aber den gewollten Zweck. Unserem Vertreter wurde schließlich doch der Zutritt zu den Versammlungen untersagt. Nach zweitägiger Dauer erfolgte nach Er- langung einiger kleiner Zugeständnisse die Beendigung des Streiks.

Im September 1911 brach in demselben Betrieb erneut ein wilder Streik aus. Diesmal wegen Entlassung einiger sozialdemokratischer Ausschußmitglieder. Ohne vor- her ihre Verbandsleitung darum zu befragen und unter Kontraktbruch legten die nunmehr sozial- demokratisch organisierten Arbeiter die Arbeit nieder. Wir kamen mit einigen Mitgliedern in Betracht. Diese Art der Arbeitsniederlegung wurde vom Gauleiter Glanzmann in der ersten öffentlichen Versammlung wohl gerügt, er sagte aber gleich bei, da der Streik nun einmal ausgebrochen sei, sollten die Arbeiter festbleiben, Unterstützung wurde selbst Nichtbezugsberechtigten und den Unorganisierten in Aussicht gestellt. Tatsächlich ist diese Unterstützung auch gewährt worden. Die Zentralkommission des sozialdemokratischen Verbandes hat demnach diesen rechtswidrigen Streik ge- billigt. Unser Verband wurde vollständig ignoriert. Nach fünfwöchiger Dauer ist der Streik mit einer voll- ständigen Niederlage der Arbeiter beendet worden.

Seunheim-Sandowweiler.

Hier war zu Beginn des Jahres bereits in der Kamm- garnspinnerei ein wilder Streik ausgebrochen. Es gelang dem sozialdemokratischen Verband, die Bewegung an sich zu reißen. Der Vertreter unseres Verbandes wurde wiederum aus den Versammlungen hinausgewiesen. Der Streik endete wie üblich nach zwei oder drei Tagen mit einer Niederlage.

Mitte August brach dann ein zweites Mal ein wilder Streik aus, im selben Betrieb. Die Ursache lag in der Be- strafung zweier Spinner. Die Arbeiter waren mittlerweile 22 Wochen, zumeist im sozialdemokratischen Verband organi- siert. Der Leitung des letzteren war vor dem Streik offen- bar keine Mitteilung gemacht worden. Der sozialdemokratische Verbandsbeamte Gsell erklärte bei seinem Eintreffen, daß er nicht kompetent sei, eine Entscheidung zu treffen, es müsse das Eintreffen des Gauleiters Glanzmann abgewartet werden. Dieser blieb aber am zweiten Tage noch aus. Mittlerweile hatte Genosse Gsell den eigentlichen Streik- grund bildenden Forderungen auf Erlaß der Strafen noch Lohnforderungen beigelegt und diese der Firma übermittelt. Damit war auch dieser Streik offiziell sanktioniert. Unsere Mitglieder bildeten auch hier eine kleine Minorität.

Bühl.

Hier brach am 22. Juni ein wilder Streik unter den Webereiarbeitern aus. Den äußeren Grund bildeten Lohn- reduktionen. Der Streik war durch rote Verbandsmitglieder provoziert und aller Wahrscheinlichkeit nach auch von der sozialdemokratischen Verbandsleitung unter der Hand vor- bereitet worden. In öffentlicher Versammlung forderte dann der sozialdemokratische Verbands- vertreter auch die bei derselben Firma be- schäftigten Spinnereiarbeiter auf, sich dem Streik anzuschließen. Der ebenfalls anwesende Vertreter unseres Verbandes äußerte darüber seine Bedenken. Trotzdem wurden tatsächlich auch die unorganisierten Spinnerei- arbeiter ohne weiteres aus der Arbeit genommen. Anfangs wohnten unsere Vertreter deren Versammlungen bei. Später wurden sie auch hier ausgewiesen. Bei den Webereiarbeitern ging das nicht, weil wir doch zu stark ver- treten waren. Da unsere Kollegen für Abbruch des aussichtslosen Kampfes waren, kam es auch bei diesen zur Spaltung. Wir hielten fürderhin unsere Versammlungen gesondert ab. Da die Genossen die Arbeiter zum Weiter- streifen anfeuernten, schleppte sich der Streik zweieinhalb Wochen hin und endete schließlich mit einer gründlichen Niederlage der Arbeiter.

Althann.

In dem Druckereibetrieb Dümeril u. Jägele brach am 24. Juli ein wilder Streik aus. Die Genossen erhielten sofort Nachricht und setzten sich dahinter. Auch hier er- munterten sie die Arbeiter zu ihrem Vorgehen. Wiederum gelang es ihnen, den Ausschluß unserer Vertreter von den Versammlungen zu bewirken. Nach 8-10 Tagen wurde der Streik ergebnislos beendet.

Aus diesen Darlegungen geht hervor, daß der sozial- demokratische Verband nicht nur unter Kontraktbruch in Streik getretene Arbeiter in ihrem Vorgehen bestärkt, sondern selbst derartige Streiks aus agitatorischen Gründen zu ent- fachen sucht. In der Regel enden diese Putschs mit einer Niederlage der Arbeiter. Da auch wir in den meisten Fällen mit einer Anzahl Mitglieder in Betracht kamen, war es nicht nur unser Recht, sondern geradezu unsere Pflicht, gegen eine solche Taktik anzugehen.

Aus unserer Industrie.

Die Geschäftslage in der Textilindustrie

Im Monat September wird in der soeben erschienenen Oktober-Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ wie folgt geschildert:

Baumwollspinnereien.

Bei den Baumwollspinnereien Westfalens gestaltete sich der Beschäftigungsgrad ziemlich befriedigend und zeigt gegenüber dem Vormonat sogar eine kleine Verbesserung als Folge der angebrochenen Verkaufszeit. Auch die Baumwollspinnereien Sachsens und Hannovers hatten befriedigend zu tun und konnten infolge steigender Baumwollpreise, welche die Garnverkäufer zu lebhafteren Käufen und zur Abnahme älterer Bestellungen veranlassten, eine Verbesserung gegenüber dem Vormonat aufweisen. Es wird aber Mangel an geübten Arbeitskräften geklagt. Aus den schlesischen Baumwollspinnereien wird nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller über ungünstigen Geschäftsgang geklagt, der sich gegenüber dem Vormonat infolge des weiteren Nachlassens des Abbrufs noch etwas verschlechtert hat. Auch die elsässischen Baumwollspinnereien klagen über ungenügende Beschäftigung, die schlechter als im Vormonat und im Vorjahr war. Von den württembergischen und bayerischen Baumwollspinnereien lauten die Berichte nicht einheitlich; während die einen die Beschäftigung in den Spinnereien als nicht befriedigend und infolge der Zurückhaltung des Verbrauchs, der hohen Baumwollpreise und der Einfuhr großer Posten österröcherischer Garne als schlechter wie im Vormonate bezeichnen, schildern andere Berichte den Beschäftigungsgrad als befriedigend.

Baumwollwebereien.

Bei den Baumwollweb- und Weißwebereien Schlesiens gab die starke Preissteigerung der rohen Baumwolle nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller Anlaß zur Entwicklung eines etwas lebhafteren Geschäftes, doch war die Beschäftigung noch wesentlich schlechter als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die sächsischen Baumwollwebereien bezeichnen den Beschäftigungsgrad als ausreichend, und infolge des Einganges der Hauptaufträge, der um diese Zeit zu erfolgen pflegt, besser als im Vormonate.

Die Fabrikation halbwollener und baumwollener Futterstoffe hatte befriedigenden Beschäftigungsgrad, der gegenüber dem Vormonate sich verschlechterte.

Die Wigagnespinnereien waren mangelhaft und schlechter als im Vormonat und erheblich schlechter als zur gleichen Zeit des Vorjahres beschäftigt. Schuld daran ist die geringe Kaufkraft des verbrauchenden Publikums, wodurch eine Zurückhaltung des Klein- und Großhandels bedingt wurde. Es herrschte an männlichen sowie an weiblichen Arbeitskräften Ueberangebot, was seit Jahren nicht der Fall war.

Wollwarenherstellung.

Die Kammgarnspinnereien waren größtenteils mangelhaft und schlechter als zur gleichen Zeit des Vorjahres beschäftigt. Es mußten die Arbeitsschichten vermindert werden.

Die schlesische Wollwarenfabrikation konnte nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller ihre befriedigende Beschäftigung aufrecht erhalten.

In der Weberei wollener Damenkleiderstoffe war die Beschäftigung mäßig, in der letzten Hälfte des Monats trat eine merkliche Besserung ein, die aber den normalen Stand des September des Vorjahres noch nicht erreichte. Die schlechte Beschäftigung hat eine Reihe von Betrieben veranlaßt, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden, die Arbeiter einfüßig zu beschäftigen, während sonst zweifelhafte Beschäftigung als Regel gilt.

In der Tuchfabrikation Schlesiens wird, abgesehen von Grünberg, von wo immer noch günstige Berichte kommen, allgemein über weitere Verschlechterung geklagt. Die Aufträge auf Saisonware gehen außerordentlich schleppend ein, doch waren die Betriebe im allgemeinen immer noch voll beschäftigt, an einzelnen Orten mußten jedoch Arbeitsbeschränkungen erfolgen. Auch die übrigen Mittelpunkte der Tuchfabrikation, außer Guben, klagen über unbefriedigende Beschäftigung, und nur wenige Betriebe waren voll beschäftigt. Die Arbeitslage ist infolge mangelnder Ausfuhr, der warmen Witterung und der darin begründeten geringen Unternehmungslust der Großhändler, endlich infolge der Teuerung des Geldstandes, schlechter als im Vormonat und im Vorjahr. Es herrschte außergewöhnlich großes Ueberangebot an Arbeitskräften. In kleineren Kreisen und einzelnen Betrieben erfolgten Lohnherabsetzungen; Einschränkung der Arbeitszeit durch verlängerte Arbeitsdauer und Einlagen von Feiertagen fanden ziemlich allgemein statt. Aus Guben wird die Beschäftigung als ziemlich regelmäßig und gleich der des Vormonats bezeichnet. Es wird dies in erster Linie darauf zurückgeführt, daß dort nur Waren erster Qualität hergestellt werden, die auch in ruhigeren Zeiten leichter veräußert werden.

In der

westdeutschen Tuchindustrie

war während des dritten Vierteljahres 1913 der Geschäftsgang im allgemeinen äußerst unbefriedigend. Die Geschäftslage war bedeutend ungünstiger als um die gleiche Zeit im Vorjahr. Das Geschäft kam stellenweise ganz zum Stillstand, wobei die Fabriken der Modewartikel am meisten in Mitleidenschaft gezogen wurden. Weniger wurden jene Fabriken betroffen, die sogenannte Stapelartikel herstellen, da sie ihre Lager infolge des anhaltenden lebhaften Geschäftsganges gänzlich geräumt hatten und nunmehr Gelegenheit nahmen, ihren Vorrat zu ergänzen. Die Geschäftslage wird auf die verschiedensten Ursachen zurückgeführt, in der Hauptsache auf den Rückgang der Konjunktur aller Industrien. Es sei ganz

offensichtlich, daß eine gewisse Geldknappheit im Warenmarkte herrsche. Auffällig sei es allerdings, daß die den Tuchhändlerkreisen, den Abnehmern der Tuchindustrie, nahestehenden Organe schon vor längerer Zeit das Nachlassen des Geschäftes ankündigten. Man hätte das auf die Wirksamkeit der deutschen Tuchkonvention zurückführen können, worauf bereits früher hingewiesen wurde, jedoch sei in Wirklichkeit die Tuchkonvention ohne jede Schuld an der heutigen flauen Geschäftslage. In den letzten Wochen habe sich stellenweise das Geschäft wieder zum Bessern gewandt. Zu umfangreichen Arbeiterentlassungen ist man in der westdeutschen Tuchindustrie nicht übergegangen, sondern es hat allenthalben eine Verkürzung der täglichen Beschäftigungszeit, zum Teil um mehrere Stunden, stattgefunden; wiederholt kamen auch Feiertagen vor.

Anderer Textilbranchen.

Die schlesische Leinenfabrikation konnte nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller in den Spinnereien ihre gute, in den Webereien eine ausreichende Beschäftigung aufrecht erhalten. In der Berliner Leinenindustrie waren nur die für das Militär liefernden Betriebe voll beschäftigt. In den anderen Betrieben machte sich ein Nachlassen des Auftragsbestandes bemerkbar. Aus der Wäscheindustrie wird dort andauernd über ein Zurückbleiben gegenüber dem Vorjahr geklagt.

Die Krefelder Seidenindustrie war ziemlich gut beschäftigt, auch die Samtindustrie hatte sehr gut zu tun. Die Preissteigerung der Rohseide hatte in der Samtbandindustrie Veranlassung zu Bestellungen für das Frühjahr 1914 gegeben, doch war der Bedarf im Berichtsmonte nicht größer als im vorhergehenden.

Die Beschäftigung in wolleinen Trikotgarnen war rege und dem Vorschreiten der Saison entsprechend etwas lebhafter. Auch die Betriebe für Strick- und Wirkwaren waren im allgemeinen gut beschäftigt.

Das Geschäft in der Herstellung von Schals und Tüchern war im allgemeinen still, doch zeigte sich infolge des beginnenden Herbstes und der durch den Schluß der Balkankriege eingezogenen Ruhe eine kleine Verbesserung in der Erteilung von Exportaufträgen.

Die württembergische Trikotwarenindustrie klagt über flauere Beschäftigung, die schlechter als im Vormonat und Vorjahr war. Infolge des milden Winters 1912/13 seien die Winterartikel wenig gekauft und wegen des nassen, kühlen Sommers die Lager in Sommerwaren nicht geräumt worden, weshalb Bestellungen für Herbst 1913 und Frühjahr 1914 sehr langsam eingingen.

In der Stickerindustrie hielten nach einem Berichte des Fabrikantenvereins der sächsischen Sticker- und Spigenindustrie die schlechten Verhältnisse unverändert an und führten zum Stilllegen einer Anzahl von Stickermaschinen.

Die Hanfspinnereien waren gut beschäftigt.

Das gleiche gilt nach einem Berichte des Vereins deutscher Kopfschlepper von den Kopfschleppereien. Von den Webereien, Druckereien und Appreturanlagen wird über ungenügende Beschäftigung geklagt, die sich gegenüber dem Vormonat und Vorjahr weiter verschlechtert hat.

Das Geschäft in Wollstoffen war infolge Ungunst der Mode sehr schlecht und führte zu Arbeitszeitverkürzungen.

12 Firmen der Textilindustrie berichteten über eine Arbeiterzahl zu Ende September von 10257 gegen 10071 im Vorjahr, woraus sich eine Zunahme um 1,85 v. H. ergibt.

Aus der Textilindustrie berichten 435 Betriebskrankenkassen mit 93402 männlichen und 112363 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. September 1913 ergab sich am 1. Oktober 1913 eine Abnahme der versicherungspflichtigen männlichen Mitglieder ohne Kranke um 3 und der weiblichen Mitglieder um 172.

In der Gewerbegruppe Textilindustrie waren von 100 Mitgliedern von Fachverbänden arbeitslos:

Anzahl der Verbände	3	185	803	1,8	0,6
---------------------	---	-----	-----	-----	-----

Aus dem Verbandsgebiete.

Rechtsberatung unserer Mitglieder.

Ein in der sozialen Studentenbewegung tätiger, tüchtiger Jurist hat sich bereit erklärt, in unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ wemtgeltlich einen

juristischen Briefkasten

zu führen. Darin können die Mitglieder unseres Verbandes vollständig gratis Rat und Auskunft in allen Fragen des gewerblichen und bürgerlichen Rechts erhalten, soweit sich diese Fragen zu einer öffentlichen Beantwortung eignen.

Wir hoffen und erwarten, daß unsere Mitglieder von dem Entgegenkommen des Herrn regen Gebrauch machen werden. Alle Anfragen sind an die Redaktion unseres Verbandsorgans zu richten.

Mit kollegialem Gruß

Redaktion der Textilarbeiter-Zeitung.

Aus unseren Bezirken.

Bezirkskonferenz des Verbandsbezirks Bayern.

Am 21. September fanden sich die Delegierten des bayerischen Verbandsbezirks und der angrenzenden Ortsgruppen von Hesse in Nürnberg zur vorläufigen Bezirkskonferenz zusammen. Von den 30 Ortsgruppen waren alle durch Delegierte vertreten, mit Ausnahme der Ortsgruppen Herolz, Hersfeld, Memmingen, Schwabach und Weilersbach. Als Vertreter des Zentralverbandes waren erschienen die Kollegen Heutmann-Düsseldorf und Camps-Münster i. B.

Kollege Geier erstattete den Geschäftsbericht. Er bemerkte eingangs, daß die beiden Bezirke Süd- und Nordbayern, sowie die angrenzenden Gruppen in Hesse zu einem Bezirk vereinigt worden sind. Er schilderte zunächst die

Lage der Textilindustrie in Bayern.

In 2162 Anlagen und 452 Betrieben sind beschäftigt 67182 Personen. Davon sind männlich 28623, weiblich 38559. Der Handelskammerbericht von Augsburg berichtet für das Jahr 1912 wieder von einem besseren Geschäftsgang. Demgegenüber sind in der letzten Zeit wieder andere Erscheinungen zu Tage getreten, die auf eine ungünstige Geschäftslage in der Textilindustrie im allgemeinen hinweisen. So berichtet die Presse in den letzten Tagen von einer Betriebsbeschränkung in der süddeutschen Textilindustrie. Eine in München abgehaltene, von der Mehrzahl der bayerischen, württembergischen und badischen Rohwebereien besuchte Weberversammlung hat beschlossen, im 1. Quartal 1914 eine 17% ige Betriebsbeschränkung durchzuführen. Die Einschränkung soll ausschließlich derart erfolgen, daß die Betriebe während des 1. Wertjahres 1914, je an einem bestimmten Wochentag mit zehnstündiger Arbeitszeit stillgelegt werden. Die Firmen haben sich mit hohen Konventionalstrafen zur Einhaltung des Beschlusses verpflichtet.

In Bezug auf die

Agitation

wurden verschiedene Anregungen gegeben und den Delegierten nahe gelegt, die örtlichen Verhältnisse besonders zu berücksichtigen. Diejenigen Ortsgruppen, von denen gesagt werden kann, daß sie fleißig in der Agitation tätig waren, haben auch Erfolge aufzuweisen und können den anderen als Muster vorgeführt werden.

Robabewegungen

wurden geführt in Rosenheim, Lechhausen, Rempten, Kottern, Kaufbeuren und Augsburg. Einige Robabewegungen in Fulda sind noch im Gange. Tarifverträge wurden abgeschlossen, in der Filzfabrik in Roth a. S. und in der Baumwollweberei Vender in Marktredwitz. Die

Mitgliederbewegung und Massenverhältnisse haben ebenfalls einen Fortschritt zu verzeichnen. Zum Schluß dankte Kollege Geier noch allen Vorstands- und Vertrauenspersonen sowie allen eifrigen Mitgliedern, die im Berichtsjahre mitgearbeitet haben und ersuchte sie, auch im neuen Geschäftsjahre ihre Kräfte in den Dienst der Verbandsache stellen zu wollen.

Nach dem Geschäftsbericht des Kollegen Geier hielt Zentralvorstandsmitglied und Redakteur der Textilarbeiterzeitung, Kollege Heutmann, ein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat über

die Lage unseres Verbandes.

In seinen Ausführungen wies er hin auf die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung auf all die Kämpfe und Schwierigkeiten, mit denen wir oh zu rechnen hatten. Durch diese Kämpfe, die wir zu überwinden hatten, sind unsere Mitglieder innerlich immer mehr an unsere christliche Gewerkschafts Sache gefestigt worden. Wir müssen auch für die Zukunft treu zu unserer Verbandsache stehen; arbeiten wir alle Schulter an Schulter zusammen, Vertrauenspersonen, Vorstandsmitglieder und Beamte, dann wird es auch im neuen Geschäftsjahre im Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands nach vorwärts gehen.

Kollege Camps sprach über

unsere Agitation.

Manche neue Anregungen wurden in diesem Referate den Delegierten der einzelnen Ortsgruppen mit nach Hause gegeben. Besonders empfahl Kollege Camps die Arbeiterinnen- und Jugendagitation.

Die Diskussion der Delegierten ergab, daß man überall gewillt ist, in diesem Herbst und Winter eine rege Agitation zu betreiben. Es wurde folgendes beschlossen:

„Bis 15. Oktober hat jede Ortsgruppe dem Bezirksleiter Kollege Geier einen Agitationsplan einzusenden, wie nach den örtlichen Verhältnissen die Agitation am besten durchgeführt werden kann. Die einzelnen Ortsgruppen müssen dann aber auch dafür sorgen, daß die geplante Agitation durchgeführt wird.“

Nach der Diskussion sprach Kollege Wittelind-Bamberg noch über die Geschäftsführung und Aufgabe der Ortsgruppenverwaltungen.

Zum Schluß dankte der Bezirksleiter, Kollege Geier, noch den Vertretern des Zentralverbandes, allen Delegierten und Gästen, die in der Konferenz anwesend waren, und schloß die sehr anregend verlaufene Bezirkskonferenz mit einem Hoch auf den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Stimmungsbild aus dem Bezirk Bayern.

„Wo Tausende von Menschen sich zusammensinden, da schleicht sich auch mal ein Lump ein!“ Diese Worte sind — laut Protokoll — gesprochen worden von dem Zentralvorstandenden des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, Hübisch aus Berlin, auf der Verbandsgeneralversammlung im vorigen Jahre in Stuttgart. Nachdem der sozialdemokratische Textilarbeiterverband die Verdrängungsbroschüre von Köhling mit wahrem Heißhunger verbreitete, ist es ganz angebracht, an den vorstehenden Satz des Herrn Hübisch zu erinnern. Jedenfalls wird doch Herr Hübisch, als er diese Worte ausgesprochen, an alle jene gedacht haben, die sich in seinem eigenen Verbande nach und nach als Lumpen entpuppt haben. Wenn aber die Leitung des roten Verbandes selbst fühlt, daß sie im Glashaufe sitzt und sie wirkt dennoch nach anderen mit Steinen, so mag jeder Mensch daraus erkennen, mit welcher Art von Gegnern der christliche Textilarbeiterverband es zu tun hat.

Speziell unsere Mitglieder in Bayern hegen schon seit Jahren gegen alles, was vom „deutschen“ Verband empfohlen wird, das allergrößte Mißtrauen

Und mit Recht. Der Weg des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Bayern ist gepflastert mit Mißgeschick und wenig schönen Handlungen. Auf Wunsch sind wir bereit, die Tatsachen aus einzelnen Orten der Öffentlichkeit zu übergeben. Um nun seine Mitglieder von den Dingen im eigenen Lager abzulenken, ist dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband gar kein Mittel zu schlecht. So kam ihm gegenwärtig das Röhling'sche Machwerk gerade recht.

Heimlich nach Diebesart und hinterlistig nach Buschlepper manier wurden unsere Mitglieder, besonders die örtlichen Führer, mit dieser elenden Subelschreift und den dazu gehörenden spitzigen Bemerkungen überfallen. Doch schon in den folgenden Tagen wanderten diese Broschüren an die Bezirksleitung mit einem Begleitschreiben, in dem um Aufklärung gebeten wurde.

In den Zuschriften und persönlichen Bemerkungen unserer Leute kam so ungefähr folgendes zum Ausdruck: Röhling und der rote Verband, ist das möglich? Ist der denn plötzlich toll geworden? Fühlt er sich schuldig und soll das nur Mache sein? Hat der auch nur noch einen Funken Ehregefühl? Ist das der Dank für das Vertrauen, das wir ihm als Beamten unseres Verbandes seit Jahren geschenkt haben? Warum schleppt er „seine Enthüllungen“ schon mehrere Jahre herum, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken, als ob etwas Unrechtes geschehen sei? Will er seinen Namen glänzen sehen, oder sich bereichern durch ganz gemeine Verleumdungen? Nur ein mit bestimmten Eigenschaften ausgestatteter Mensch kann eine solche Vergiftung der gesamten Arbeiterbewegung betreiben. — Aber, wegen der Verdächtigungen eines Röhling, werden wir unserem Verbands nicht untreu. Nein, jetzt erst recht wollen wir zeigen, daß wir am kleinen Finger mehr Überzeugungs-treue besitzen, als wie ein Röhling und seine verbündeten Genossen im Herzen.

Das sind die Anschauungen und Meinungen unserer bayerischen Mitglieder über „Röhling und seine Broschüre“. Unsere Versammlungen sind jetzt besser besucht wie früher. Alles will Anteil nehmen an der Entrüstung, wie sie einem Verleumder gebührt. Die erste dieser Versammlungen war eine Fabrikversammlung in Augsburg, wo nach Aufklärung seitens der Bezirksleitung sogar ein Uebertreter aus dem „deutschen“ Textilarbeiterverband zu verzeichnen war. In allen Versammlungen war der Grundton: Ein Psst dem Verleumder und seinen Helfershelfern, aber aufrichtige Treue unserem Verbands und seinem Vorherrschenden Schiffer.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Weghell. Wegen die Röhling'sche Broschüre. Am 19. Okt. hatten wir eine Mitgliederversammlung. Unser früherer Vorsitzender, Kollege Heinrich Görg, hielt einen Vortrag über das Thema: „Röhling, unser Gegner, und wir.“ In fünfviertelstündiger Rede ging er die ganze Röhling'sche Broschüre durch. Er wies nach, daß viele Anschuldigungen direkt unwahr, andere total entstellt sind. Er ermahnte die Mitglieder, treu und fest zum Verband und dem Zentralvorstand zu halten. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die im Lokale des Herrn Huntegeburt tagende Versammlung christlicher Textilarbeiter weist mit Entrüstung die Anschuldigungen zurück, welche von dem früheren Beamten Röhling gegen den Zentralvorstand und speziell gegen den Zentralvorherrschenden Schiffer erhoben worden sind. Die Versammlung verspricht dem Zentralvorherrschenden sowie dem Zentralvorstande ihr vollstes Vertrauen.“

Fulda. Eine rührige Tätigkeit entfaltet schon seit einigen Monaten die Arbeiterschaft der Textilindustrie in einigen Fabriken in Fulda. Während in zwei Fabriken die Tagelöhner eine höhere Entlohnung wünschten, handelte es sich in zwei anderen Fabriken in der Hauptsache darum, einige Mißstände — sogenannte Textilkrankheiten — zu beseitigen. Während nun die Arbeiterschaft ruhig und sachlich — selbstverständlich aber geschloffen — ihre Wünsche den Fabrikleitungen unterbreitete und auf Erfüllung derselben sicher hoffte, mußte demgegenüber von seiten der einzelnen Fabrikleitungen eine große Nervosität und Hartnäckigkeit beobachtet werden. Wir wollen für heute in diese Dinge nicht tiefer eindringen, sondern abwarten, ob das, was den Arbeiterauschüssen und zum Teil auch unserer Verbandsleitung versprochen wurde, tatsächlich eingehalten wird.

In einer Mitgliederversammlung am 20. Okt. referierte unser Bezirksleiter, Kollege Geier aus Augsburg, über die Verdächtigungen gegen unseren Verband, die durch den früheren Beamten Röhling aus Mache erhoben und von der Sozialdemokratie — insbesondere von dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband — mit großem Eifer weiterverbreitet werden. Unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des christlichen Textilarbeiterverbandes verpflichtete Kollege Geier die Aufzeichnungen Röhling's und legte an der Hand von persönlichen Erfahrungen und Sachkenntnissen dar, was von dem Röhling'schen Machwerk zu halten sei. Zeit und Gelegenheit hätte Röhling in den Jahren, in denen er das „geheimnisvolle“ Material mit sich herumgetragen, genügend gehabt, um es zur Untersuchung vorzulegen. Das hat er nicht getan, und deshalb kann und darf und wird ihm auch von den Mitgliedern unseres Verbandes kein Glauben mehr geschenkt. Dieses wollen wir Röhling und seinen Helfershelfern im Soziallager beweisen durch treues Festhalten an unserem Verbands und durch felsenfestes Vertrauen zu unserem Zentralvorherrschenden, Kollegen Schiffer.

Mit großer Begeisterung stimmte die Versammlung in diese Ausführungen ein, und es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die heute im Saale der Harmonie zu Fulda zahlreich besuchte Versammlung der christlichen Textilarbeiter spricht einstimmig ihre Entrüstung aus über die Röhling'schen Verdächtigungen gegen den christlichen Textilarbeiterverband. Die Versammelten geloben, alle Verdächtigungen, gegen den Verband sowohl als auch gegen den Zentralvorherrschenden Schiffer entschieden zurückzuweisen und volles Vertrauen dem Verbands und seinem Vorherrschenden zu bewahren und an dem weiteren Ausbau des Verbandes mit vereinten Kräften wirken zu wollen.“

M.-Glabbach. Das Ergebnis der Krankenkassenwahlen in Rheindt und M.-Glabbach bedeutet einen glänzenden Sieg der christlich-nationalen Arbeiterschaft. Es

sind insgesamt 8942 Stimmen abgegeben worden. Von diesen waren 10 ungültig. Von den gültigen Stimmen galten 779 der sozialdemokratischen und 3153 der christlichen Liste. Dementsprechend erhalten im Ausschuss der neuen Allgemeinen Ortskrankenkasse die Sozialdemokraten 12, die christlichen Arbeiter 48 Sitze.

Das ist ein prächtiger Sieg der christlich-nationalen Sache, ein Lohn für all die Mühe und Arbeit, die der Wahlkampf den christlichen Arbeitern auferlegte. Jetzt aber nicht stille stehen! Man sieht, in M.-Glabbach und Rheindt herrscht noch ein guter Geist. Das mag die christlichen Arbeiter ermuntern, mag sie anfeuern, mit ganzer Kraft für ihre Ideale zu wirken: Ihnen gehört das Feld, wenn sie wollen! Denn obgleich die Sozialdemokratie diesmal mit äußerster Kraftanstrengung und mit allen — guten und bösen — Mitteln gearbeitet hat, bekommt sie nur 12 von 60 Sitzen. Was werden sie schimpfen! Na, das Recht, sich auszuschimpfen, soll den Unterlegenen eingeräumt sein. Wir werden sie nicht stören.

Interesse wird ein Vergleich des jetzigen Wahlergebnisses mit dem vorigen finden. Es wird die zukünftige allgemeine Ortskrankenkasse in M.-Glabbach gebildet von der gegenwärtigen Allgemeinen Ortskrankenkasse und der Ortskrankenkasse für fabrikmäßige Betriebe. Für diese beiden Klassen haben 1910 die letzten Wahlen stattgefunden. Bei beiden Klassen zusammen wurden 1218 Stimmen abgegeben, und zwar: bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse 200, wovon die christlichen Arbeiter 70, die sozialdemokratischen 130 zählten, und damit alle Sitze gewonnen; bei der Ortskrankenkasse für fabrikmäßige Betriebe nach einem heftigen Wahlkampf 1018, wovon die sozialdemokratischen Arbeiter 342, die christlichen 666 zählten. Mit den Wahlen von 1910 verglichen, bedeutet die jetzige Wahl einen tüchtigen Schritt vorwärts für die Sache der christlich-nationalen Arbeiterschaft.

Greiz (Bogtl.). Das diesjährige Stiftungsfest feierte unsere Ortsgruppe am Sonntag, den 19. Okt., im Restaurant „Hirschklein“. Die Beteiligung war eine überaus starke. Bald war der geräumige Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. In seiner Begrüßungsansprache schilderte der Vorsitzende, Kollege Kanitz, die Entwicklung der Ortsgruppe und sprach seine Freude darüber aus, daß die Mitglieder gerade während der letzten Kämpfe eine große Standhaftigkeit gezeigt haben. Das reichhaltige Programm wurde zum größten Teil von den Mitgliedern selbst erledigt und zeigte der Eifer der Darsteller, mit welchem Interesse die christlich organisierte Textilarbeiterarbeit ihrer Sache dient. Eine besondere Freude bereitete uns das unerwartete Eintreffen zweier Gäste, des Herrn Franz Wagner aus Greiz und des Herrn Hauptmann von Trotha aus Düsseldorf. Beide wurden im Namen der Ortsgruppe durch den Kollegen Melcher auf das herzlichste begrüßt. Daran anschließend hielt Kollege Melcher eine kurze Festansprache, deren Inhalt im Zusammenhang war: Wir wollen nicht den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung, sondern einen gerechten sozialen Ausgleich der Klassengegensätze. Beide Gäste dankten liebenswürdig für die freundliche Aufnahme. In ein Hoch auf unser deutsches Vaterland, ausgebracht vom Herrn Hauptmann von Trotha, stimmte die Festversammlung kräftig ein, worauf stehend das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen wurde. Gegen 11 Uhr erreichte die schöne Feste, die allen teilnehmenden Kollegen und Kolleginnen lange im Gedächtnis bleiben wird, ihr Ende.

Greiz. Opfer sozialdemokratischer Erziehung. Die Strafkammer des kaiserlichen Landgerichts zu Greiz verurteilte zwei sozialdemokratisch organisierte Dachdecker zu je drei Wochen Gefängnis, weil diese unter Androhung der Arbeitseinstellung einen christlich organisierten Arbeiter betrogen gemacht haben. Durch diese Arbeitseinstellung wollte man den christlich organisierten Arbeiter zwingen, sozialdemokratisch zu werden. In der Schöffengerichtsverhandlung wurden die beiden Angeklagten freigesprochen. Gegen diesen Freispruch legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß in dem Verhalten der beiden sozialdemokratisch organisierten Arbeiter eine Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung liege. Außerdem wurde die Handlungsweise als ein außerordentlicher Terrorismus bezeichnet. Obwohl die beiden Angeklagten noch unbestraft seien, sei das Gericht zu der harten Strafe gekommen, weil Schmorler (der christlich organisierte Arbeiter) ein älterer Mann sei.

Die sozialdemokratische Presse des Reichslandes jammert und klagt nun über dieses harte Urteil und möchte sich gern als Beschützer der beiden bestrafte Arbeiter aufspielen. Damit ist es aber nun zu spät. Die beiden Arbeiter sind ein Opfer sozialdemokratischer Erziehung geworden.

Greven. Große Entrüstung überall. Am 24. Okt. fand eine gut besuchte Versammlung der christlich organisierten Textilarbeiter bei Wilmingshoff statt. Nachdem die Abrechnung für das dritte Quartal bekannt gegeben und dem Kassierer Entlastung erteilt worden war, referierte der anwesende Bezirksvorherrschende, Kollege Camps, über den Inhalt der Röhling'schen Broschüre. Da der Bezirksvorherrschende jahrelang mit dem Broschürenschreiber in der Verbandsleitung zusammen gearbeitet hat, konnte er auch am besten die Röhling'schen Behauptungen auf ihren wahren Wert zurückführen. Er besorgte dieses auch in so gründlicher und klarer Weise, daß auch nicht der geringste Zweifel bestehen bleiben konnte, wie auch der starke Beifall am Schlusse der Rede bewies. Von einem Mitgliede wurde angeregt, es nicht allein beim Beifall bewenden zu lassen, sondern dieses möge man auch durch einen Beschluß zum Ausdruck bringen. Nachstehende Resolution wurde darauf einstimmig angenommen:

„Die Mitgliederversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes spricht ihre größte Entrüstung darüber aus, daß der frühere Beamte Röhling über unsere Verbandsleitung, speziell über den Kollegen Schiffer, Unwahrheiten und Verleumdungen verbreitet hat. Sie erklärt, daß sie sich im Vertrauen zur Verbandsleitung nicht von einem Röhling beirren läßt. Die Versammelten werden jetzt noch um so freudiger und lieber agitatorisch tätig sein, damit der Verband noch weiter ausgebaut wird. Sie versprechen sowohl der Verbandsleitung, als auch besonders dem Kollegen Schiffer volles Vertrauen und erwarten eine baldige gerichtliche Klärung der Angelegenheit.“

Zölleneck. Trotz der Röhling'schen Verleumdungsbroschüre geht es vorwärts unter der Devise: Einer für alle, alle für einen! Das kam so recht in unserer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung zum Ausdruck. Bis auf den letzten Platz war der große geräumige Saal des Herrn Neppel besetzt. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden, Kollegen Gehring, dankte dieser zunächst für das zahlreiche Erscheinen. Sodann wurde zum ersten Punkt der Tagesordnung an Stelle des ausgeschiedenen Schriftführers Kollegen Möller der Kollege Wihl, Wallbaum für diesen Vorstandsposten gewählt. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Bericht von der ordentlichen Bezirkskonferenz

in München. Mit lebhaftem Interesse wurden die Ausführungen verfolgt. Da eine Diskussion über diesen Punkt nicht gewünscht wurde, folgte der Bericht von der außerordentlichen Bezirkskonferenz, die ebenfalls in München tagte und sich mit der Röhling'schen Subelschreift befaßte. Mit treffenden Worten kennzeichnete der Vorsitzende das Machwerk und wies die schweren Angriffe auf unseren Zentralvorstand mit Gutschiedenheit zurück. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß es sich hier um einen ganz niedrigen Macheakt handele. Sie billigte dem auch das ganze Verhalten des Zentralvorstandes in dieser Angelegenheit. Ferner war man der Ansicht, in aller Ruhe die jetzt kommende Gerichtsverhandlung abzuwarten und in keiner Weise das Vertrauen zur Organisation zu verlieren. Hierauf wurde ein warmer Appell an die im vergangenen Jahre gewählte Agitationskommission gerichtet mit der Aufforderung, auch im kommenden Winter unermüdet für die Gewinnung neuer Mitglieder tätig zu sein. Es sollen vorher erst einige Sitzungen mit der genannten Kommission und dem Vorstande stattfinden. Auch wurde eine Kommission, bestehend aus sieben Mitgliedern, zur Vorbereitung unseres zehnjährigen Bestehens gewählt. Das Fest wird voraussichtlich im Mai kommenden Jahres stattfinden. Als weiterer Punkt wurde dann noch die „Deutsche Volkversicherung A.-G.“ besprochen und dem Vorstand die Bestimmung von einigen Kollegen zur Werbung für diese Einrichtung überlassen. Die Arbeit soll aber in den nächsten Tagen aufgenommen werden. Nach einigen weiteren Angelegenheiten wurde dann die Entsendung eines Delegierten zum dritten deutschen Arbeiterkongress angeregt. Es wurde beschlossen, dieses dem Zentralvorstand zu überlassen.

Hieran anschließend fand dann eine Nekyten-Abchiedsfeier statt. Diese Neuerrichtung seitens unserer Ortsgruppe wurde allseitig aufs herzlichste begrüßt. 12 treuen Kollegen galt der Ruf: Allezeit treu bereit, für des Reiches Herrlichkeit. Die Feier, welche durch theatralische Aufführungen, Deklamationen und gemeinschaftliche Lieder verschönt wurde, nahm einen prächtigen Verlauf. Gegen neunehhalb Uhr hielt dann der Vorsitzende eine martige Abschiedsrede an die Nekyten und überreichte einem jeden ein zu diesem Zwecke angefertigtes Präsentisches Zigarren. Hocherfreut und nach Worten des Dankes von seiten eines Nekyten schloß der Vorsitzende die Feier mit dem Liebes: „Nun ade du mein lieb Heimatland, lieb Heimatland ade.“

Mit Stolz und Genugtuung können wir auf diese Versammlung zurückblicken. Wir rufen unseren Mitgliedern aber die Lösung zu: „Wohlan Kollegen insgemein, herbei zum Schwur aufs neue, und haltet dem Gewerkeverein die alte Lieb und Treue.“

Meißen (bei Dresden). Die Ritter von der traurigen Gestalt. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband hatte auf den 25. Okt. zu einer gr-r-rosen öffentlichen Versammlung eingeladen. An den Tischfüßen prangten große Plakate, in der sozialdemokratischen Presse erschienen riesige Versammlungsanzeigen und am Sonnabend morgen früh um 5 Uhr wurden von den Genossen Tausende von Einladungskarten verteilt. Als Thema wurde angekündigt: „Der christliche Textilarbeiterverband im Sumpf.“ An der Hand der Broschüre von Röhling sollte die Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes getreuzigt, gesteinigt, geköpft und gehängt werden. Als Scharfrichter — pardon Referent — war Genosse Landtagsabgeordneter Winkler aus Dresden erschienen. Aber trotz der großen Kellame, trotz Landtagsabgeordneter und „Schlachtfest“ waren nur gut 100 Personen, darunter ein starkes Drittel Christliche, in die Versammlung gekommen. Genosse Winkler konnte nunmehr sein „Programm“ entwickeln. Die alten Schlagworte: Unternehmerhuckstuppe, Streifbrechergewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften usw., mußten wieder herhalten. Zum Beweise dafür, daß die christlichen Gewerkschaften Zentrumsgewerkschaften sind, führte er an, unser Kollege Kümmele habe bei der Reichstagswahl für den (nationalliberalen D. B.) Herrn Dr. Stresemann agitiert. Kollege Kümmele soll auch Schuld daran gewesen sein, daß die Aussperrung im Jahre 1905 in Sachsen-Thüringen für den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband zu einer blamablen Niederlage führte. Genosse Winkler versuchte auch allerhand „Rechenunfistlichkeiten“, um zu beweisen, daß in roten Domänen bessere Lohnverhältnisse herrschen wie in Gegenden, wo der christliche Verband dominiert. Diese Nachweise mißlingen ihm aber glänzend. Nunmehr kam die Krefelder Aussperrung und das Nichtmitmachen der Christlichen daran. Das sollte der Haupttrumpf des Abends sein. Aber auch diese „Enthüllungen“ lösten wenig Beifall aus. Nur einige Genossen, welche anscheinend zuviel „gebranntes Wasser“ zu sich genommen hatten, gröhnten dazu. Nunmehr erging der Genosse Winkler sich in allerhand Anspielungen auf die Röhling'schen „Enthüllungen“. Aus seinen zweideutigen Bemerkungen mußte man entnehmen, daß er die Beschuldigungen, die Röhling in seiner Broschüre erhebt, der Versammlung als wahr hinstellen wollte. Die Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes und die Beamten desselben wurden als bequem, träge und faul hingestellt, denen es nur darum zu tun sei, Mandate zum Reichs- oder Landtag zu ergattern. (Solches sagt der Geschäftsführer des roten Verbandes, der selbst sein Landtagsmandat aus der Hand seiner Genossen „ertrachte“ und erhielt! D. B.) Winkler hat hierbei wohl von sich auf andere geschloffen. Interessant war es auch, daß Landtagsabgeordneter Winkler die schmutzige Schreibweise seines Kollegen Krähig, der sich in feiger Weise hinter sein Reichstagsmandat vertriecht, nicht billigte, sondern sich abfällig darüber äußerte. Zum Schluß ließ aber Genosse Winkler die Rage aus dem Sack. Er forderte die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf, aus diesen auszutreten und zu den religiös und politisch „neutralen“ (sozialdemokratischen D. B.) freien Gewerkschaften zu kommen. Das wäre auch der Grund und Zweck gewesen, weshalb der rote Textilarbeiterverband die Subelschreift von Röhling aufgekauft und unter die Massen geworfen habe.

Nunmehr kam die Diskussion. Kollege Sparenberg aus Dresden, der von den Genossen oft in der bößhaftesten Art unterbrochen wurde, kritisierte zunächst die persönliche und gehässige Kampfesweise, welche Genosse Winkler gegen die christlichen Beamten angewandt habe, und fügte hinzu, daß er nur rein sachlich die Ausführungen Winkler's beleuchten werde. Als Kronzeugen für die unsagbare Schmutzige und gemeine Rolle, welche der rote Textilarbeiterverband in der „Affäre Röhling“ spielte, führte Kollege Sparenberg die sozialdemokratischen Gewerkschaftsblätter „Proletarier“ und „Solzarbeiterzeitung“ an. Diese Blätter hätten Röhling und seine Broschüre richtig gekennzeichnet als das elende Machwerk eines Menschen, welchem Haß und Rachedurst die Feder in die Hand gedrückt habe, um sein eigenes Nest zu beschmutzen. Als solches sei es zu bewerten, und deshalb sei es angebracht, mit seinem Urteil bis nach der Gerichts-

verhandlung zu warten. Aber wer im Glashause sitzt, solle nicht mit Steinen werfen. Der rote Verband hätte alle Veranlassung, sich um seinen eigenen „Sumpf“ zu kümmern. Zahlreiche Fälle von Unterschlagungen von Beamten des roten Verbandes seien vorgekommen. In dem Geschäftsbericht hätte aber keine Andeutung gestanden für veruntreute Verbandsgebelde. Hat man es nun dort als Unkosten oder Agitationsausgaben, oder als sonst was gebucht? Auch die Kommissäre der Fraktionen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in der Höhe von 980 040 M. im Jahre 1909 sei noch in guter Erinnerung. — In Krefeld habe die Zeitung des christlichen Textilarbeiterverbandes so gehandelt, wie sie es vor ihrem Gewissen gut verantworten kann. An den rabiaten Führern des „deutschen“ Verbandes das Streikfever auszutreiben, hätten wir nicht die Erfolge unseres Verbandes auf Spiel setzen können. Unsonst mehr nicht, als nach dreitägigem Streit ganz annehmbare Zugeständnisse erzielt waren und es auch offensichtlich zutage trat, daß der rote Verband uns weißbluten lassen wollte. Die großen Ausprägungen des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes hätten aber fast immer mit einem Herzeinfall geendet. Die Ausprägung in Sachsen-Thüringen im Jahre 1906 sei durch Schuld der roten Zeitung verloren gegangen. Selbst die sozialdemokratische Presse hätte der Zeitung direkte Unwahrheit und Verfälschung der Massen vorgeworfen. Auch im Erzgebirge endete 1903 eine 32wöchige Ausprägung mit einem Fiasko. Die sozialdemokratische Verbandsleitung schloß mit den Arbeitgebern einen Tarif ab, in welchem die Arbeiter nicht nur die bestehenden erbärmlichen Löhne, für längere Zeit als Maximallohne anerkannt, sondern sich auch mit einer eventl. späteren Lohnverkürzung einverstanden erklären mußten. Auf diese kam. Auf Grund obiger Abmachungen reduzierten die Unternehmer einige Monate später die Löhne nochmals um 15 Prozent. Und vor der Ausprägung waren auch schon 3 M. wöchentlich abgezogen worden. Es war dem „deutschen“ Textilarbeiterverband schon in manchen Orten möglich, ähnliche „Siege“ zu erringen. Forst (Sausitz), Goppingen, Mühlhausen, Barmen, Elberfeld, Basel-Friedlingen und in neuerer Zeit Luckenwalde reden Bände von dem „Sumpf“ im sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande. Gewissenlos wurde die Arbeiterschaft von den Genossen oftmals in Bewegungen hineingehört, trotzdem man genau wissen mußte, daß diese verloren gingen. Aber was kümmert es. Was an wirtschaftlichen und moralischen Werten verloren ging, brachte die politische sozialdemokratische Beschöpfung der roten Partei wieder ein. Kollege Sparenberg legte zum Schluß seiner Ausführungen entscheidend Vermahnung dagegen ein, daß er gesagt habe, den „Noten müssen Feuerchen angemacht“ werden, indem die christlichen Außenbeamten die Arbeiterschaft in ausföhrliche Bewegungen hineinziehen sollten. Im Gegenteil! Es sei in der betr. Konferenz einem besseren Zusammenarbeiten bei berechtigten Bewegungen der verschiedenen Organisationen das Wort geredet worden. Allerdings müßte dann der sozialdemokratische Verband seine parteipolitische Beschöpfung und unvernünftige Streikpolitik aufgeben. Sonst müßten überall „Feuer“ angezündet werden, in deren hellem Schein das arbeiterschädigende Verhalten der Genossen bei Bewegungen beleuchtet würde. Der „Sumpf“ im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband soll dann gründlich aufgedeckt werden. Kollege Baumgart vom christlich-nationalen Keram- und Steinarbeiterverband wollte nun noch einige Ausführungen machen. Als er aber kaum angefangen hatte, das regellose Benehmen einiger Genossen zu kritisieren, welche der rote Vorstehende nicht zur Ruhe verwiesen hatte, trotzdem sie fortwährend lärmten und Rabau machten, wurde ihm das Wort entzogen. — So wurde die „vollständige Redefreiheit“, welche in den Einladungen angekündigt war, verweigert. Unsere anderen Kollegen, welche sich noch zum Wort gemeldet hatten, verzichteten. Mit einem donnernden Hoch auf die christlichen Gewerkschaften verließen unsere Kollegen einig und geschlossen die Versammlung. Genosse Winkler konnte nun in seinem Schlusswort die Rolle des betrübten Lohngebers, dem die Felle fortgeschlommen sind, spielen.

Kollegen und Kolleginnen, zündet überall im Lande „Feuerchen“ an. Laßt das Feuer der Begeisterung überall leuchten, damit auch andere davon mit angesteckt werden. Auf zum Kampfe gegen Lüge, Verdrehung der Tatsachen und hinterlistige Verleumdung.

Neumünster. Treue dem Verband, volles Vertrauen der Verbandsleitung und besonders dem Kollegen Schiffer, trotz des nachteiligen Abköhlings und der gegnerischen Heße, dieses war der Inhalt und die Stimmung unserer am 14. Oktober abgehaltenen Generalversammlung. Nachdem der Kassierer Kaminski den Jahresbericht vom dritten Quartal erstattet hatte und ihm Entlassung erteilt worden war, nahm unser Vorsitzender das Wort, um sich in längeren Ausführungen über die Abköhlingsche Broschüre zu verbreiten. Weil Redner zwei Tage vorher einer Sitzung der Berufungskommission beigewohnt und sämtliche von Abköhling verfaßten Protokolle sowie auch Kassendbücher eingesehen hatte, war es ihm leicht, in objektiver Weise eine Darstellung des ganzen Sachverhalts zu geben. Mit gespannter Aufmerksamkeit und großem Interesse folgten die Anwesenden dem Referenten und gaben am Schluß ihrer großen Entrüstung über den Abköhlingschen Schurkenstreich Ausdruck. Die Versammlung beauftragte einstimmig den Vorstand, in unserem Verbandsorgan öffentlich zum Ausdruck zu bringen, daß wir uns in unserer Treue und Anhänglichkeit zum Verbandsvorsitzenden und zur Verbandsleitung nicht beirren lassen. Uebrigens wird die gerichtliche Klärstellung die Heßer im gegnerischen Lager in ihrer ganzen Erbärmlichkeit zeigen.

Nachdem noch Kollege Leo Kaminski einen Ueberblick über die letzte Bezirkskonferenz in Hannover gegeben hatte, erfolgte die Wahl eines zweiten Vorsitzenden. Gewählt wurde Kollege Rühlmann. Die Versammlung beschloß ferner einstimmig, der Sozialen Kommission beizutreten. Als Delegierte wurden gewählt die Kollegen Andreas Gute, L. Kaminski, D. Hartport und M. Hohlbein. Allseitig wurde noch anerkannt, daß der rote Textilarbeiterverband sich die Verbreitung der Abköhlingschen Subelbroschüre unter großen Opfern und Mühen hat angelegen sein lassen. Da die Genossen immer so bemüht sind, die Kenntnisse ihrer Mitglieder zu erweitern, empfehlen wir ihnen die verschiedenen Broschüren, die über die roten Gewerkschaften von eigenen Mitgliedern herausgegeben worden sind und die ein recht eigenständliches Licht auf diese Verbände werfen, unter ihren Mitgliedern recht zahlreich zu verbreiten. Für den Genossen Rogur dürfte es eine empfehlenswerte Arbeit sein, einmal alle die Verfehlungen und Unterschlagungen, die von Beamten des deutschen Textilarbeiterverbandes im Laufe der Jahre verübt worden sind, in einer Broschüre zusammenzufassen. Wahrscheinlich würde er es dann auch bald zu der Bekanntheit Abköhlings bringen. Und berührt will Herr Rogur doch nun einmal werden. Unser Verband würde allerdings nicht so unbescheiden und auf Verbandskosten die Broschüre verteilen

lassen, wie es der rote Verband im Falle Abköhling getan hat. Da sind die „Geschmäcker“ eben zu verschieden.

Wir möchten auch noch den roten Textilarbeiterverband erlöchen, die Anschuldigung, als seien wir schuld an der Entlassung eines Vorstandsmitglieds seiner Filiale Neumünster, zu beweisen. Oder sollte es sich hier nur um einen Druckfehler handeln und der rote Arbeitersekretär Schneider gemeint sein? Im letzteren Falle waren wir viel zu gut erzogen, um im Zorn des Herrn Rogur zu reden, um hierüber auch nur ein einziges Wort zu verlieren. Bezeichnend ist es aber für den roten Textilarbeiterverband, daß er glaubt, durch die Entlassung einer systematischen Heße den Arbeiterinteressen dienen zu können. Wir fondolieren!

Zell (Baden). Eine gut besuchte Mitgliederversammlung konnte am 8. Oktober unser Vorsitzender, Kollege Bund, eröffnen. Aus dem Kassierenbericht vom 3. Quartal 1913 konnten wir entnehmen, daß wir in bezug auf Mitglieder- und Kassenerhältnisse ziemlich gut abgeschnitten haben. Nachdem Kollege Müller in ausführlicher Weise uns von den Beschlüssen der Bezirkskonferenz in Kenntnis gesetzt hatte, stellte uns Kollege Kümmele den neuen Lokalbeamten Kollege Wuchner vor, der infolge der Bezirksveränderung für das Wiesental, Breisgau und Schweizerode freigestellt wurde. Hierauf widerlegte Kollege Kümmele in treffender Weise die Subelbroschüre Abköhlings. Aus der nachfolgenden Diskussion konnte man entnehmen, daß die Mitglieder mit dem Referenten gleicher Ansicht waren.

Zum Schluß dankte Kollege Wuchner für die schönen Begrüßungsworte seitens des Vorsitzenden. Er versprach der Ortsgruppe Zell seine ganze Kraft zur Verfügung stellen zu wollen, um das, was die Kollegen mit unserem Bezirksleiter für die Organisation gearbeitet, zu erhalten und weiter auszubauen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Entwicklung der deutschen Krankenversicherung. Jetzt, da in der deutschen Krankenversicherung durch Einbeziehung der Landarbeiter usw. wieder eine bedeutende Erweiterung der Versicherten eintritt und da auch sonst verschiedene Änderungen in der Organisation der Krankenversicherung vorgenommen werden, ist es vielleicht von Interesse, einmal einen kurzen statistischen Ueberblick über die Entwicklung der deutschen Krankenversicherung zu geben. Die Zahl der gegen Krankheit versicherten Personen ist gestiegen von 4 670 959 im Jahre 1885 auf 13 069 375 im Jahre 1910. Auf je 1000 Personen der deutschen Bevölkerung kamen gegen Krankheit versicherte Personen 100 im Jahre 1885, 143 im Jahre 1890, 154 im Jahre 1895, 181 im Jahre 1900 und 201 im Jahre 1910. Speziell in den Ortskrankenkassen stieg die Zahl der Versicherten von 1 534 888 im Jahre 1885 auf 6 845 940 im Jahre 1910, im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der in den Betriebskrankenkassen versicherten Personen von 1 261 200 auf 3 273 710; bei den Ortskrankenkassen betrug die Zunahme 346%, bei den Betriebskrankenkassen 166%.

Die Gesamteinnahmen der Krankenkassen stellten sich auf 65 408 444 M. im Jahre 1885, auf 134 704 226 M. im Jahre 1895, auf 266 912 673 M. im Jahre 1905 und auf 357 617 168 M. im Jahre 1910. Die Zunahme der Einnahmen von 1885 bis 1910 betrug 446%. Die gesamten Ausgaben der Krankenkassen stellten sich auf 57 787 750 M. im Jahre 1885, auf 122 599 623 M. im Jahre 1895, auf 253 835 378 M. im Jahre 1905 und auf 350 545 175 M. im Jahre 1910. Die Ausgaben stiegen im gesamten angegebenen Zeitraum um 506%. Die gesamten Ausgaben für Krankheitskosten stiegen von 1885 bis 1910 von 52 663 574 M. auf 320 020 827 M. oder um 508%. Von Interesse sind auch die einzelnen Ausgaben. Für Arztkosten wurden ausgegeben: 9 966 774 M. im Jahre 1885, 24 394 799 M. im Jahre 1895, 53 113 137 M. im Jahre 1905 und 76 440 495 M. im Jahre 1910; von 1885 bis 1910 war eine Erhöhung der Arztkosten um 691% eingetreten. Bei der Ausgabe für Arznei- und Heilmittel war von 1885 bis 1910 eine Steigerung um 500% eingetreten. Die Ausgaben betragen bei diesen Posten 8 032 873 M. im Jahre 1885, 16 629 525 M. im Jahre 1895, 34 634 237 M. im Jahre 1905 und 48 216 260 M. im Jahre 1910.

An Krankengeldern wurden ausgezahlt: 26 441 934 M. im Jahre 1885, 50 126 941 M. im Jahre 1895, 102 816 975 M. im Jahre 1905 und 135 952 829 M. im Jahre 1910. Diese Art Ausgabe zeigt eine Vermehrung um 414%. Bei den Unterstüzungen für Wöchnerinnen war eine Erhöhung der Ausgaben um 871% eingetreten und zwar betragen diese Ausgaben 661 162 M. im Jahre 1885, 1 824 994 M. im Jahre 1895, 4 578 893 M. im Jahre 1905 und 6 432 231 M. im Jahre 1910. An Sterbegeld wurden ausgezahlt: 2 381 920 M. im Jahre 1885, 3 986 376 M. im Jahre 1895, 6 354 639 M. im Jahre 1905 und 7 462 283 M. im Jahre 1910. Die Ausgaben für Krankenhausbehandlung und Retonvalenz stellten sich auf 5 128 911 M. im Jahre 1885, auf 14 038 691 M. im Jahre 1895, auf 30 750 005 M. im Jahre 1905 und auf 45 516 729 M. im Jahre 1910. Es war bei diesen Posten eine Ausgabenerhöhung um 785% eingetreten. Schließlich seien noch die Verwaltungskosten angeführt. Hier war eine Erhöhung der Ausgaben um 887% eingetreten. Die Verwaltung der Krankenkassen kostete: 3 648 439 M. im Jahre 1885, 7 086 608 M. im Jahre 1895, 14 167 326 M. im Jahre 1905 und 20 434 195 M. im Jahre 1910.

Berichtigung.

In dem Artikel in Nr. 43 unseres Verbandsorgans: „Die Aktion des „deutschen“ Verbandes“, muß etwas berichtigt werden. Es muß an der Stelle, wo es in der Schilderung der Vorkommnisse in Landestut heißt: „den Fabrikchluß schon um 1 Uhr festzusetzen“ heißen: um 2 1/2 Uhr.

Versammlungskalender.

- Mittenberg. 9. November, 11 1/2 Uhr, bei Hubert Brandt, wichtige Versammlung.
- Borghorst. 9. November, 11 Uhr, bei Fr. Diersteg.
- Elberfeld. 15. November, 8 1/2 Uhr, bei Herkenrath, Klobbahn.
- Spe (Westf.). 9. November, 4 Uhr, bei Rade.
- Forst (Sausitz). 11. November, 8 1/2 Uhr, bei Grafmann (Gerberstraße 26).
- Sera. 11. November, 8 Uhr, im Jägerhof, Schülerstraße 25.
- M.-Glabach-Lüttrich. 15. November, 8 1/2 Uhr, bei Peter Hüfner, Neuserstraße.
- M.-Glabach-Venn. 16. November, 10 1/2 Uhr, bei Peter Hüfner, außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Tittersbach. 23. November, 2 1/2 Uhr, im Lokale „Zum Stamm“.
- Kohlscheid. 16. November, 11 Uhr, bei Leo Engels.
- Leuth b. Kaldenkirchen. 16. November, 11 Uhr, bei Albert Houben (Zimmer oben), Generalversammlung.
- Müllheim (Rhein). 12. November, 6 1/2 Uhr, bei Bäter, Wallstraße 10.

Adressenänderung.

Die Adresse des Krefelder Bezirks- und Lokalsekretariates lautet ab 15. November
Krefeld, Luth. Kirchstraße 40.
J. Müller, Bezirksleiter.
B. Marquardt, Geschäftsführer.

Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
Heinrich Winkels in Amern St. Georg.
Heinrich Hahnenstadt in Wassenberg.
Elise Uebelgönne in Krefeld.
Johanna Köckler in Gronau.
Philomena Riedlinger in Münster i. Els.
Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Wegweiser zum häuslichen Glück. Leitfaden des Haushaltungsunterrichts für Mädchen. 301. bis 360. Tausend. H. 8° (270). Mit Abbildungen. M.-Glabach 1913, Volksvereinsverlag G. m. b. H. Geb. 75 Pfg., einzelne Exemplare postfrei 95 Pfg. Partierweise: zu zwanzig 70 Pfg., im Hundert 65 Pfg., im halben Tausend 60 Pfg. — Inhalt: Das Testament einer Mutter. I. Teil: Die Wohnung. II. Teil: Die Kleidung. III. Teil: Nahrungsmittel. IV. Teil: Die Zubereitung der Speisen. V. Teil: Die Buchführung. VI. Teil: Die Gesundheitspflege. VII. Teil: Nebenwirtschaft. VIII. Teil: Soziales, Lehrpläne. — Es gibt nichts ähnliches, was diesem vorzüglichen Wegweiser an die Seite zu stellen wäre. Der beste Beweis für die Brauchbarkeit der Schrift ist die bisher schon erzielte hohe Auflage. Der Preis ist äußerst billig, die Ausstattung gebiegen und der Inhalt für das Wissen eines jeden jungen Mädchens, das sich auf den Beruf der Hausfrau vorbereitet, unentbehrlich. Das Büchlein ist gewissermaßen ein Abc des Arbeiterhaushaltes. Viel Segen hat es schon gestiftet und Segen auch in Zukunft in den Haushalten des kleinen Mannes zu bringen, das ist seine Aufgabe. Wer seiner schulentlassenen Tochter ein Weihnachtsgeschenk in Form eines Buches machen will, der kaufe den Wegweiser zum häuslichen Glück.

Soldatenleben und Charakterbildung. — Ein Handbüchlein für die Kaserne. Von Dr. jur. Joh. Steptes. H. 8° (78) M.-Glabach 1913, Volksvereinsverlag G. m. b. H. Geb. 40 Pfg., postfrei 45 Pfg. — Jeder, der unter die Soldaten geht, sollte das Büchlein besitzen, dessen Inhalt studieren und beherzigen. So, wie der Verfasser den Soldaten sehen will, so sollte der Soldat auch sein — ein „echter deutscher Kerl“. Diese Charakterbildung während (und auch schon vor) der militärischen Dienstzeit, ist eine gesunde Grundlage für das ganze fernere Leben. Manche Kapitel des Büchleins kief der junge Zivillist mit ebenso großem Gewinn als der Soldat. Wir nennen da nur die Kapitel: „Das Frühaufstehen“, „Der Wirtschaftsbefuch“, „Soldat und Weib“, „Erholung und Freude“, „Kameradschaft“.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Die Mitgliederfluktuation. — Der Klub der Harmlosen. — Der Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen. — Der preussische Wohnungsgesetzentwurf. — Feniiletton: Geheime Preisprach. — Allgemeine Rundschau: Hinterlistige Verdächtigungen. — Unser Beileid zur Blamage. — Meinungsäufscherei. — Ihr Dank. — Gegen Woberspekulation und Wohnungswucher. — Sparkassen und Förderung des Kleinwohnungswezens. — Die freie Arztwahl. — Zehn Jahre Krankenpflegerbewegung. — Sechste Hauptversammlung der Gesellschaft für Sozialreform. — Großkapitalistische Freunde der Sozialdemokratie — Auch eine „Widerlegung“. — Aus unserer Industrie: Die Geschäftslage in der Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Rechtsberatung unserer Mitglieder. — Aus unseren Bezirken: Bezirkskonferenz des Verbandsbezirks Bayern. — Berichte aus den Ortsgruppen: Breyell. — Fulda. — M.-Glabach. — Greiz. — Grewen. — Jüllenbed. — Meifen. — Neumünster. — Zell. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Die Entwicklung der deutschen Krankenversicherung. — Berichtigung. — Versammlungskalender. — Adressenänderung. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.